

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brn. Druck von C. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Krisenzeiten - Sturmzeichen.

Gegen die vereinte Reaktion! Für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft!

Mit auffallender Geschäftigkeit sind die Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Reaktion am Werk. Sie fühlen sich stark, sie glauben durch die nun schon so lange anhaltende Arbeitslosigkeit und durch die wachsende furchtbare Not die Massen so mürbe zu sehen, daß die diktatorlasternden Unternehmer und ihre faschistischen Hilfstruppen einen leichten Sieg davontragen müßten. Deshalb erheben sie jetzt ganz unerbittlich ihre Forderungen auf die absolute Herrschaft in Staat und Wirtschaft. Und sie fordern nicht unbescheiden, unterstützen ihre Forderungen mit ganz offenen Drohungen gegen die Regierung, die ihnen trotz allem Entgegenkommen in der Frage des Lohnabbaues immer noch nicht rückwärts genug die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch zurückgedrängt und der Arbeiterschaft immer noch nicht genug von den Lasten auferlegt, die die an Krise und Finanznot schulbigen Wirtschaftsführer sich abschnitten wollen. In den letzten Wochen haben sich die verschiedenen reaktionären und faschistischen Gruppen zu einem einheitlichen reaktionären Block zusammengeschlossen, der sich stolz die „nationale Opposition“ nennt, obwohl er keines von beiden ist, sondern höchstens nationalistische Obstruktion. Mag es zwischen den einzelnen Führern auch noch kleinere und größere Meinungsverschiedenheiten geben, weil jeder die wertvollsten Stücke aus der erhofften Beute für sich reklamiert und jeder zuerst und zumeist seinen eitlem Ehrgeiz befriedigen will, die blutige Feindschaft und der fanatische Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft ist ihnen allen eigen. Und darin liegt die ungeheure Gefahr, die die Arbeiterschaft erkennen muß und der sie nur begegnen kann, wenn sie sich mit noch größerer Geschlossenheit und Entschlossenheit für den immer näher rückenden unvermeidlichen Entschleunigungskampf rüstet, in dem es um nicht weniger als um Freiheit und Leben überhaupt gehen wird.

Eine der ersten Taten der geeinten Reaktion war der Sturz der Regierung Brüning. Aber das neue Kabinett Brüning ist ebensowenig nach dem Herzen der machtklügeren Reaktionäre. Darum wird ihr Kampf gegen die neue Regierung weitergehen, obwohl das Unternehmertum bei der Brüning-Regierung doch wahrhaftig das liebevollste Verständnis für seine Lohnabbauforderungen gefunden hatte. Die neue Reichsregierung unterscheidet sich nicht wesentlich von der alten, die dem deutschen Volke noch schnell eine Notverordnung beschert hat, von der wir an anderer Stelle etwas sagen.

Bemerkenswert ist nur, daß der Reichskanzler zugleich Außenminister ist und der Wehrminister zugleich Innenminister. Das letztere ist für gewisse Fälle besonders praktisch. Professor Dr. Warmbold von der I.-O. Farbenindustrie ist Wirtschaftsminister, Staatssekretär Joel Justizminister und Treviranus Verkehrsminister geworden. Alles in allem ein Kabinett, dem die sozialistische Arbeiterschaft beim besten Willen kein Hofnarr singen kann. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotzdem gegen die Mißtrauensanträge der Rechten stimmte, dann gewiß nicht aus Liebe zu der Reichsregierung, die bisher mehr auf die Lohnabbaulüste der Unternehmer hörte, als auf die Notstände der in furchtbarem Elend und fast hoffnungsloser Verzweiflung lebenden Arbeitermassen. Aber die Übernahme der Staatsmacht durch die Reaktionäre mußte unter allen Umständen verhindert werden. Wenn auch tausend gegen eins zu wetten ist, daß sich die politische und wirtschaftliche Unfähigkeit der „nationalen Opposition“ sehr bald in grellem Lichte gezeigt hätte, wäre dies Experiment doch so gefährlich gewesen, hätte der Arbeiterschaft doch so unendlich viel Schaden können, daß den Reaktionären auf keinen Fall Gelegenheit gegeben werden dürfte, ihre von blindem Haß gegen die SPD. und gegen die Gewerkschaften diktierten Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Wie weit die Absichten der von den Unternehmern dirigierten Nationalsozialisten gehen, haben wir ja an einer anderen Stelle unseres Blattes gesagt. Will sich die Arbeiterschaft nicht in eine Sklaverei zwingen lassen, in der sie vollkommen recht- und willenlos ist, dann müssen sich alle organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer unüberwindlichen Kampf- und Abwehrfront zusammenschließen, in der kein Raum für Spalter und Abtrünnige ist. Noch nie mehr als jetzt hat das Wort gegolten: „Die Arbeiter müssen zusammen untergehen, wenn sie nicht zusammen gegen wirtschaftliche und politische Reaktion kämpfen wollen.“ Wem angesichts der drohenden Aktivität des arbeitserfindlichen Blocks nicht diese Erkenntnis kommt, wer mit verschränkten Armen zusehen kann, wie seine Klassengenossen für ihre (und auch für seine!) Freiheit kämpfen, der leistet dem Unternehmertum unmittelbare Hilfsdienste, für die er ganz sicher mit unzerreißbaren Fesseln und ewiger Sklaverei im Dienste des Kapitals belohnt werden wird.

diesen und allen anderen zum Leben notwendigen Gütern erzeugt worden ist!

Vielleicht wendet man ein, daß zwar die Bevölkerungszahl in Deutschland allgemein sich nicht übermäßig vermehrt hat, daß jedoch die Zahl der Arbeitsuchenden größer geworden ist gegen früher und die hohe Zahl der Arbeitslosen darauf zurückzuführen ist. Das würde zunächst zwar nichts an der Tatsache ändern, daß es mehr als genügend Lebensmittel und Bedarfsartikel gibt, um alle Bedürfnisse befriedigen zu können. Aber selbst das Argument, daß die Zahl der Arbeitsuchenden übermäßig zugenommen habe, kann nicht geltend gemacht werden. Über diese wichtige Frage entnehmen wir der Schrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Vierzigstundenswoche* die nachstehenden „bedeutenden Ausführungen:

„Vor kurzem hat das Statistische Reichsamt versucht, die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Deutschland in den früheren und kommenden Jahren zu schätzen. Als „Arbeitnehmer“ wurden zusammengezählt Arbeiter, Angestellte, Hausangestellte und Heimarbeiter. Es ergaben sich die nachfolgenden Zahlen:

Mitte 1907	14,7 Millionen
Mitte 1925	19,6 Millionen
Mitte 1931	21,1 Millionen

In den nächsten Jahren soll die Zahl der Arbeitnehmer auf 20,8 Millionen (1933/34) zurückgehen. Anfang 1940 soll sie 21,9 Millionen wieder erreichen.

Im Zeitabschnitt 1907 bis 1925 hat also die deutsche Wirtschaft rund 5 Millionen neue Arbeitskräfte aufgenommen, im Zeitraum 1925 bis 1931 wurden ihr weitere 1,5 Millionen Arbeitskräfte angeboten. Auch unter Berücksichtigung des schicksalsreichen Weges, den Deutschland vom Jahre 1907 bis 1925 zurückgelegt hat, kann man im Vergleich mit diesem Zeitabschnitt das Mehrangebot an menschlicher Arbeitskraft in den letzten sechs Jahren nicht als übermäßig hoch betrachten. Bei gleichem Entwicklungstempo wie früher hätte es leicht von der Wirtschaft aufgesaugt werden sollen.

Bei dieser Berechnung haben wir aber bisher einen sehr wichtigen Punkt außer acht gelassen: die Arbeitszeit. 1907 dauerte der Arbeitstag im Durchschnitt 9 1/2 Stunden, 1925 nur 8 Stunden. In runden Zahlen beanspruchte die Wirtschaft:

1907	140 Millionen Arbeitsstunden täglich
1925	160 Millionen Arbeitsstunden täglich

Jetzt werden ihr weitere 12 Millionen Arbeitsstunden angeboten. Die Frage lautet: Könnte die deutsche Wirtschaft bei der früheren Entwicklungsgeschwindigkeit und ohne Konjunkturrückschläge diese zusätzliche Arbeitskraft verbrauchen?

Der Zeitraum 1907 bis 1925 schließt 18 Jahre ein, darunter aber 5 Jahre der Zerstörung und noch mehrere Jahre, die mit der Entmachung des Zerstörten ausgefüllt waren. Für die eigentliche Wirtschaftsentwicklung bleiben also in diesem Zeitabschnitt kaum mehr als 10 Jahre übrig. Da in diesen 10 Jahren die tägliche Nachfrage der Wirtschaft nach menschlicher Arbeitskraft um 20 Millionen Stunden angewachsen ist, sieht man nicht ein, warum bei demselben Tempo der Entwicklung der Bedarf der Betriebe an Arbeitskraft nicht weiter um 2 Millionen tägliche Arbeitsstunden jährlich anwachsen dürfte.

Der Zustrom der Arbeitskraft in die deutsche Wirtschaft und besonders auf den Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren nicht übermäßig groß. Die Katastrophe kam nicht von der Seite der Bevölkerungszunahme her. Ihre Erklärung ist in den wirtschaftlichen Vorgängen zu suchen.

Die Frage, die wir in der Überschrift gestellt haben: „Leben in Deutschland zuviel Menschen?“, ist also in jeder Hinsicht zu verneinen. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß, um den Millionen gezwungen Feiernder neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb muß unser Ruf:

Her mit der Vierzigstundenswoche!

so lange erschallen, bis er von allen gehört und in die Tat umgesetzt wird.

* Die Vierzigstundenswoche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsvertrag und Arbeitszeit. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S 14.

Leben in Deutschland zuviel Menschen?

Ein Beitrag zur Frage der Vierzigstundenswoche.

Der englische Nationalökonom Malthus stellte im Anfang des vorigen Jahrhunderts die These auf, daß die Bevölkerung die Tendenz habe, sich rascher zu vermehren als die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Nahrungsmittel. Das hatten andere vor ihm auch schon gedacht und gesagt. Malthus ist jedoch dadurch berühmt geworden, daß er als Mittel gegen das von ihm befürchtete Verhungern der Menschheit — Enthaltensamkeit in der Kindererzeugung empfahl.

Malthus hat seinerzeit sicher in gutem Glauben seine These aufgestellt. Er sah die damalige Welt mit seinen Augen. In England selbst hatte der Industrialismus eben erst seine Flügel zu seinen ersten schwächernen Flügen entfaltet. Vielfach herrschten auch im Gebirgslande des modernen Großkapitalismus noch recht rückständige Produktionstechniken. Auf dem Kontinent war die Technik allgemein noch weiter zurück. Amerika war noch mitten in seiner Kolonisation begriffen; es war noch nicht das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Soweit die europäischen Staaten damals schon Kolonien besaßen, war ihre „kolonialpolitisch“ noch weit mehr auf offenen Raub an den Eingeborenen beschränkt als heute, wo man eine mehr rationale Ausnutzung der Rohstoffquellen vorzieht. Als Überschußländer für die Versorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, wie das heute zum Teil der Fall ist, kamen die Kolonien damals erst in geringem Maße in Betracht.

Es konnten also dem mit offenen Augen um sich blickenden Gelehrten in jener Zeit sehr wohl Bedenken darüber kommen, ob nicht eines Tages bei fortschreitender Bevölkerungszunahme Mangel an Nahrungsmitteln eintreten könnte. Heute wissen wir, daß ein solcher Mangel nicht zu befürchten ist, selbst dann nicht, wenn die Bevölkerungszunahme ein noch rascheres Tempo einschlagen sollte, als es seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts geschehen ist. Heute ist es umgekehrt als zu Malthus' Zeiten: heute hat die Erzeugung aller zum Leben notwendigen Bedarfsartikel ein Tempo erreicht, daß nicht nur der Bedarf aller Lebenden gedeckt werden kann, sondern darüber hinaus können noch weitere Millionen Menschen sattgemacht, beheizt und gekleidet werden. Wenn trotzdem heute in Deutschland Mil-

lionen Menschen Not leiden, so deshalb, weil zuviel Lebensmittel und Bedarfsstoffe hergestellt werden und vorhanden sind, die von denen, die ihrer bedürfen, nicht gekauft werden können. Millionen sind arm und leiden bittere Not — weil wir, volkswirtschaftlich gesehen, zu reich sind!

Es hieße Eulen nach Athen fragen, hundertmal schon Gesagtes noch einmal sagen, wollte man die Beweise dafür im einzelnen auch an dieser Stelle noch erbringen. Wir brauchen dabei nicht auf Amerika und die sattsam bekannten Vorgänge dort hinzuweisen. Was Brotgetreide betrifft, so haben wir ja auch in Deutschland die Tatsache zu verzeichnen, daß wir teures Brot essen müssen, nicht weil es zu wenig, sondern weil es zuviel Brotgetreide gibt! Die Verwendung von Kartoffeln zur Spirituuserzeugung soll, so verlangen es die Agrarier, trotz mangelnden Bedarfs, erheblich gesteigert werden, damit die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffeln nicht zu billig werden! Auf den Halben der Kohlenbergwerke liegen Millionen Tonnen von Steinkohlen als unverkäuflich — und Millionen Menschen in den Städten sehen dem kommenden Winter mit banger Sorge entgegen, weil sie nicht wissen, wie sie sich gegen die Kälte schützen sollen. Kurzum: Millionen Menschen in Deutschland leiden Mangel an Notwendigkeiten, nicht weil es das Notwendige nicht gibt, sondern lediglich, weil sie es nicht kaufen können, denn sie sind arbeitslos geworden, weil zuviel von

Internationale Befämpfung der internationalen Krise.

Die Arbeiterschaft muß mitbestimmend beteiligt sein.

Die Erkenntnis, daß nur durch engste Zusammenarbeit aller Staaten die Weltwirtschaftskrise erfolgreich bekämpft werden könne, setzt sich bei allen Staatsmännern und in allen Ländern immer mehr durch. Dem Zweck einer internationalen Befämpfung der allgemeinen Krise dienen alle Zusammen-

künfte der leitenden Staatsmänner, die in den letzten Monaten stattfanden. Und Reichskanzler Brüning hat erst vor einigen Tagen im Reichsrat erklärt, die zur Behebung der Wirtschaftskrise notwendigen

wirtschaftlichen Maßnahmen könne kein Land, auch Deutschland nicht, für sich allein restlos lösen, nur eine internationale Zusammenarbeit, und zwar eine solche, die in kürzester Zeit in Angriff genommen werden müsse, könne eine Besserung in den einzelnen Ländern und in der gesamten Weltwirtschaft mit sich bringen.

Einer der höchsten Würdenträger der englischen Landeskirche, der Erzbischof von York, gab seiner Meinung über die Schicksalsgemeinschaft der verschiedenen Länder folgenden Ausdruck:

„Das Wohlergehen eines Landes schließt das der anderen ein. Wenn sich die Staaten in ihrem politischen und wirtschaftlichen Leben nicht über nationale Selbstsucht erheben können, wenn sie nicht an die Bedürfnisse der ganzen Welt denken, wenn sie nicht die Wiederherstellung jedes einzelnen Landes zum Mittel der Wiederherstellung aller machen, so scheint der Bankrott der Kultur denkbar. Wenn der Geist der Selbstsucht noch einmal den Ausbruch eines allgemeinen Krieges verschulden sollte, dann würde das nicht nur zum Bankrott, sondern zur völligen Zerstörung der Kultur führen.“

Diesen Ausführungen stimmen wir vollkommen bei. Aber wir müssen hinzufügen, daß wir eine dauernde und endgültige Behebung der Weltwirtschaftskrise nur dann für möglich halten, wenn die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aller Länder führend und mitbestimmend an den internationalen Maßnahmen beteiligt ist. Zwischen den

Staatsmännern und noch mehr zwischen den Wirtschaftsführern der verschiedenen Länder hat es schon unzählige Beratungen und Vereinbarungen gegeben und keine hat die Krise auch nur im geringsten aufzuhalten und einzudämmen vermocht, sollte es meißt auch gar nicht tun. Der kapitalistischen Zusammenarbeit, die nur den Profit der Unternehmer jedes einzelnen Staates sichern soll und sich immer gegen die Arbeiterschaft richtet, müssen wir die solidarische Tätigkeit unserer internationalen Organisationen entgegenstellen. Ohne maßgebende Beteiligung der Arbeiterschaft werden auch die jetzt wieder geplanten internationalen Beratungen zur Behebung der Weltwirtschaftskrise ihren Zweck verfehlen, der doch in erster Linie darin bestehen sollte, den darbedenden Volksmassen das unendlich schwere Los des Hungers und der Arbeitslosigkeit zu erleichtern und ihnen Arbeit bei ausreichenden Löhnen zu sichern. Eine vollkommene Erfüllung ihrer Wünsche, eine dauernde Befreiung solcher furchtbaren Krisen, wie die jetzige ist, eine beständige friedliche Zusammenarbeit der Völker wird allerdings unmöglich sein, solange wir uns noch dieser privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung erfreuen, solange diese nicht durch die sozialistische Gemeinwirtschaft abgelöst wird.

Für die Arbeitslosenversicherung sind u. a. auch einige Mitteilungen der Juni-Notverordnung zu verzeichnen.

Welches sind die wesentlichen Änderungen der AII?

- 1. Ausschluß weiterer Arbeitnehmer von der Versicherungspflicht: Obwohl die Arbeitslosigkeit immer weitere Kreise bedroht, bestimmt der durch die Notverordnung neu geschaffene § 74c AII, daß auch eine Beschäftigung bei Wählmännern (Kindern) oder deren Ehegatten und bei Stief- und Pflegekindern häufig der Versicherungspflicht nicht unterliegt.
2. Nur bedingte AII für Arbeitslose unter 21 Jahren: Für Arbeitslose unter 21 Jahren ist gegenüber dem Zustand, der durch die Notverordnung vom 6. Juni 1931 geschaffen war, eine Milderung eingetreten. Diese Arbeitslosen erhalten die AII nach den neuen Bestimmungen dann nicht, wenn sie einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch (§ 1601 ff. BGB.) haben und wenn der erforderliche Lebensunterhalt tatsächlich gewährleistet ist. Die Tatsache also, daß der jugendliche Arbeitslose einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch hat, genügt zur Verweigerung der AII noch nicht. Es muß vielmehr erst geprüft werden, ob der erforderliche Lebensunterhalt auch gewährleistet ist.
Bei der Prüfung dieser Voraussetzung wird jedenfalls der schon bisher angewandte Maßstab gelten.
3. Unterstufung bei regelmäßigem Wechsel der Belegschaft: Wird auf Grund einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat wegen Wechsels ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen oder die Arbeit ausgesetzt, so kann der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes anordnen, daß die Ausgeschiedenen — auch wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen wären — beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen AII erhalten. Diese Anordnung soll allerdings nur erlassen werden, wenn der Wechsel in der Belegschaft in größeren als monatlichen Zeitabständen erfolgt.
Die während dieser Regelung im Betriebe arbeitende Belegschaft darf ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teils nicht wesentlich geringer sein als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit.
In dieser Anordnung ist die Höhe der für die Wechselzeit zu zahlenden AII zu bestimmen. Die Höhe der AII darf die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht überschreiten.
Von einer Wartezeit (Paragraphen 110 bis 110b) kann in diesem Falle abgesehen werden.
Kurzarbeiterunterstützung (KurzarbU.) kommt für die in Wechsel beschäftigte Belegschaft nicht in Frage.
Ein Rechtsmittel gegen die erwähnte Anordnung oder Ablehnung einer solchen Anordnung ist nicht gegeben.
4. Verhängung einer Sperrfrist: Der § 83c Abs. 1 erfährt eine Änderung dahin, daß dem Arbeitslosen die AII auf sechs Wochen gesperrt werden kann, wenn bestimmte Lasten nachgewiesen werden, aus denen sich ergibt, daß der Arbeitslose durch sein Verhalten absichtlich den Verlust seiner Stellung herbeiführt oder die Erlangung einer neuen Arbeitsstelle vereitelt hat.
5. Keine Rückzahlungspflicht von erhaltener Krisenunterstützung: Die Bestimmung der Notverordnung vom 6. Juni 1931, wonach Empfänger von Krisenunterstützung verpflichtet waren, die erhaltenen Beträge für die Hauptunterstützung unter bestimmten Voraussetzungen zurückzuerstatten, ist jetzt gestrichen.
6. Bemessung der AII: Maßgebend für die Ermittlung der Lohnklasse, nach der die AII bemessen wird, ist das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten sechsundzwanzig Wochen oder — wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war — im Durchschnitt der letzten sechs Monate seiner Arbeitnehmerfähigkeit vor der ersten Arbeitslosmeldung bezogen hat.
Es ist also der alte Zustand, durch den sich kurz vor der Arbeitslosmeldung eingetretene Lohn- oder Gehaltskürzungen nicht, so ungünstig für die AII-Empfänger auswirken können, wieder hergestellt.
7. Berufsbahliche AII: Während die berufsbahlichen Arbeitslosen bisher für ihre ganze Unterstufungsdauer die Sätze der Krisenfürsorge erhielten, werden die Krisensätze nach der neuen Notverordnung nur während der Zeit der berufsbahlichen Arbeitslosigkeit gezahlt. Für die übrige Unterstufungszeit kommen die Sätze der ordentlichen AII in Frage.
Die Berufs- und Angehörige der Vorrichtung über die berufsbahliche Arbeitslosigkeit unterliegen, und Beginn und Ende der berufsbahlichen Arbeitslosigkeit bestimmen der Verwaltungsrat der Reichsanstalt oder die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter.
8. AII in Sachleistungen: Der Vorstand der Reichsanstalt kann anordnen, daß die AII bis zu einem Drittel in Sachleistungen gewährt wird. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes bestimmt, mit welchem Geldbetrag die Sachleistungen zu bewerten sind. Gegen die diesbezügliche Entscheidung ist ein Rechtsmittel nicht gegeben.
9. Anrechnung freier Betrag bei Renten und Weihilfen: Durch die Juni-Notverordnung wurde der Betrag von Kriegsbeschädigtenrenten, der auf die AII nicht angerechnet werden sollte, auf 15 Mark monatlich festgesetzt. Dieser Betrag ist jetzt auf 25 Mark erhöht worden. Von den übrigen im § 112a Abs. 1 Nr. 1 und 2 genannten Renten wird ein Betrag von monatlich 15 Mark auf die AII nicht angerechnet.
Die Kurzarbeiterunterstützung, deren Höhe bisher nach dem Arbeitsentgelt für höchstens 40 Arbeitsstunden berechnet wurde, wird jetzt wieder auf der Grundlage der 48-Stunden-Woche berechnet.
10. Heimarbeiter: Die Heimarbeiter behalten im Winter ihre Ansprüche auf AII. Die Bestimmung, wonach das Arbeitsamt einen Teil der AII als Hilfe direkt an den Hauswirt auszahlen kann, ist ebenfalls befristet.
11. Verkürzung der Unterstufungsdauer durch die Reichsanstalt: Im dritten Teil der Juni-Notverordnung wird im Artikel 2 der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung u. a. ermächtigt, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung zu kürzen. Von diesem Recht hat er nun in einer Verordnung vom 1. Oktober 1931 Gebrauch gemacht. Hier wird die Höchstdauer der versicherungsmäßigen AII auf 20 Wochen und bei berufsbahlichen Arbeitslosen auf 16 Wochen gekürzt.
Diese Änderung gilt vom 5. Oktober 1931 bis 31. März 1932. Die laufenden Anträge und Unterstufungsfälle werden davon ebenfalls getroffen. Durch diesen Beschluß werden somit die Arbeitslosen sechs Wochen und die berufsbahlichen Arbeitslosen vier Wochen früher in die Krisenfürsorge überführt.
Obwohl dank der zähen und selbstlosen Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einige Milderungen der Juni-Notverordnung erreicht worden sind, kann nicht bestritten werden, daß die schweren Lasten, die der Arbeiterschaft in der Regierungszeit des Brüning-Kabinetts auferlegt wurden, immer noch ungerechtigt sind.
Das Unternehmertum holt jedoch zu neuen Schlägen gegen die Arbeiterklasse aus. Die Arbeiterkraft wird ihre Kampffront — die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften — daher verbreitern und festigen müssen, wenn sie aus diesem ungeheuren Kampfe als Sieger hervorgehen will.
Jof. Milenczek (Hannover).

Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 9.

Um zu den außerordentlich schweren Aufgaben der jetzigen Notzeit und den damit im Zusammenhang stehenden Verbandstagsbeschlüssen Stellung zu nehmen, trafen am 26. September in Nürnberg 86 Vertreter aus 46 Zahlstellen zur Zahlstellenleiterkonferenz zusammen. Gauleiter Kollege Maier konnte in seiner Eröffnungsansprache auch den Kollegen Albin Karl vom Hauptvorstand sowie den Kollegen Graß aus München begrüßen. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Schmaus. Bei der letzten Gaukonferenz vor drei Jahren konnte der günstigste Mitgliederbestand von rund 36.000 Mitgliedern festgestellt werden. Mit dem Abgleiten der Konjunktur zeigte sich auch in der Mitgliederzahl ein Rückgang. Am Ende des 2. Quartals 1931 ergab die Abrechnung noch rund 33.000 Mitglieder und eine Einnahme von 250.000 Mk. Die wirtschaftliche Not spiegelt sich am deutlichsten wider in den Ausgaben, die die Einnahmen überstiegen. An Lokalstellenbeständen sind 200.503 Mk. ausgemittelt. Die Zahlstelle Stadtscheid hat mit 22 Mk. Lokalvermögen je Mitglied den günstigsten Stand.

Die Arbeitslage in den zuständigen Industriezweigen ist außerordentlich ungünstig, z. B. in den Gruppen Chemie, Zellulose, Farben, Kunststoffe und Sprengstoffe. Die Papierindustrie steht noch verhältnismäßig gut, dagegen liegen die Baustoffbetriebe vollständig danieder. Auch für Porzellan- und Glaswaren wird der Absatz immer schwieriger. Von 31.834 Mitgliedern sind 10.195 = 32 Prozent arbeitslos, 9368 = 29,4 Prozent Kurzarbeiter, 1129 = 3,5 Prozent inaktiv und nur 11.42 = 35 Prozent arbeiten voll.

Bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen hat sich unser Verband sehr gut gehalten. In 334 Betrieben mit 37.610 Beschäftigten sind gewählt worden: 1077 Arbeiterräte unseres Verbandes, 107 anderer freier Gewerkschaften, 68 christliche Gewerkschaften, 2 GdL, 2 Nazis, 3 RGO, 7 Unorganisierte.

Lohn- und Lohnbewegungen waren in den Jahren 1930 und 1931 sehr schwierig zu führen. Wenn in manchen hartumkämpften Fällen nachgegeben wurde, dann lagen faktische Notwendigkeiten vor, um die Verträge überhaupt zu erhalten. Gerade der Umstand, daß der kalte Lohnabbau in den Betrieben für die Arbeiterschaft weitens größere Verluste als der offizielle Abbau bringt, bestärkt die Wichtigkeit der Tarifverträge. Am besten kommt dies in jenen Werken zum Ausdruck, die keinen Tarifvertrag haben. Trotz der großen Schwierigkeiten müssen wir über diese Zeit der Not hinwegkommen; wir werden alle Gefahren der Gegenwart überwinden, wenn die Funktionäre und alle Mitarbeiter ihre bisherige Mithierigkeit verdoppeln, sich nicht niederbeugen lassen, sondern unentwegt für den weiteren Ausbau des Verbandes eintreten.

Kollege Messerer (Nürnberg) berichtete über die Gaugewerkschaftsbewegung, die erfreuliche Ergebnisse zeitigte. Am Gaugewerkschaftstreffen in Rottenturm o. d. L. im Jahre 1929 und dem Treffen in Nürnberg anlässlich der Pfingstfeiern dieses Jahres haben sich je 600 Jugendliche beteiligt. Der Gaugewerkschaftsvorstand war bestrebt, in engerem Kontakt mit den Zahlstellen die Organisation der Jugendgruppen zu fördern. Wir zählen 770 Mitglieder in unseren Jugendgruppen, aber wir müssen noch viel mehr für uns gewinnen. Aus den Berichten der Zahlstellen geht hervor, daß den Jugendlichen durch geeignete Vorträge das Wesen und das Ziel der Gewerkschaft erläutert und ihnen die Zusammenhänge der Wirtschaft klargestellt werden. Gemeinsame Wanderungen in den Freizeitanlagen sowie sonstige gesellige Veranstaltungen haben die Jugendbewegung in unserem Gau sehr gefördert. Besonderen Anklang fanden die Familien- oder Elternabende, an denen die Jugendlichen das Programm der Veranstaltungen besprachen. Bei der heutigen Vielfältigkeit der Jugendorganisation dürfen wir all diesen Fragen nicht gleichgültig gegenüberstehen; je mehr wir uns um die Verbandsjugend bemühen, desto erfolgreicher wird unser Wirken sein.

Die sehr lebhaft ausgesprochene über beide Berichte zeugte von den Schwierigkeiten, aber auch von der Notwendigkeit erhöhter Aktivität. Besonders stark wurde die Jugendfrage behandelt. Es zeigte sich ein allseitiges starkes Interesse und ein lebhafter Wille zur Jugendarbeit. Alle Diskussionsredner betonten, daß die organisatorische Erziehung der Jugend eine Lebensfrage für den Verband sei, für die alles aufgegeben werden müsse, besonders auch angesichts der Bestrebungen unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Wirtschaftskrise und unser Verband“, gab Kollege Karl vom Hauptvorstand ein eingehendes Bild der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Folgeerscheinungen der langandauernden Krise. Wie tief einschneidend die große Arbeitslosigkeit für den Verband erwirke, geht aus den Ausgaben für Unterstufungszwecke hervor. Die Hauptlast hat allein an Arbeitslosenunterstützung von den Erwerbslosen entgegengenommen. Im Krisenjahr 1930: 19,5 Prozent, 1931: 13 Prozent, 1932: 14,5 Prozent, 1933: 33 Prozent, 1930: 61,8 Prozent. An Gesamtarbeitslosen wurden im 1. Quartal 1931 3.300 für 20 Wochen festgesetzt. Hinzu kommt eine monatliche Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung von 173.011,06 Mark für 16.000 Inaktiven. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes dem Verbandstags zugehörige Erwerbslosenunterstützung vorzuschlagen. Die Verbandstagsbeschlüsse sind als maßgebende Maßnahme im Interesse der Gesamtarbeitslosigkeit gefaßt. Dabei hat der Vorstand die Ermächtigung erhalten, die Arbeitslosenunterstützung wieder zu erhöhen, wenn eine wirtschaftliche Besserung und damit eine Erleichterung der Hauptlast eintritt.

An der Tagesordnung beteiligten sich die Kollegen Wild (Erlangen), Uhl (Waldheim), Walz (Ausbach), Drexler (Eberbach), Bräuninger (Weisingen), Lanzinger (Horsheim), Herrmann (Nürnberg) und die Kollegin Böll (Nürnberg). Die Redner erörterten die Notwendigkeit der Änderungen an. Es herrschte der Gedanke vor, den Verband über alles hochzuhalten und für Geschlossenheit zu sorgen, um allen Hindernissen zum Trotz sich durchzusetzen. Die bisherigen Vertrauensmitglieder Fischer (Hof), Rieger (Erlang) und Walz (Ausbach) wurden einstimmig wiedergewählt.

Nach einem erheiternden Schlußwort des Kollegen Maier und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß die arbeitsreiche und einmütig verlaufene Konferenz. J. B.

Kapitalistischer Geist.

Das Grundprinzip der Handelsysteme, der Grundsatz: Laßt den Kaufleuten eine vollkommene Freiheit, gewährt ihnen das absolute Eigentum der Waren, mit denen sie handeln! Sie haben das Recht, sie dem Verkehr zu entziehen, sie zu verpacken, und sogar sie zu verbrennen, wie es mehr als einmal die Orientkompanie zu Amsterdamm getan hat, die öffentlich ihr Lager von Jint verbrannte, um diese Ware zu verfeinern. Was sie mit dem Jint machte, würde sie mit dem Getreide gemacht haben, wenn sie nicht gefürchtet hätte, vom Volk gesteinigt zu werden; sie hätte einen Teil des Getreides verbrannt oder verderben lassen, um den anderen für das Vierfache seines Wertes zu verkaufen. Ach! Sieht man nicht alle Tage in den Häfen Kornvorräte ins Meer werfen, die der Kaufmann hat verderben lassen, weil er zu lange auf eine Haufe gewartet hatte; ich selbst habe in meiner Stellung als Handlungsgehilfe diese niederträchtigen Operationen geleitet und ein zwanzigtausend Zentner Reis ins Meer werfen lassen, die man vor ihrem Verderben mit anständigem Nutzen hätte verkaufen können, wenn der Aufwahrer weniger gierig nach Gewinn gewesen wäre. Der soziale Körper hat den Verlust aus diesen Verwüstungen zu tragen, die man jeden Tag sich erneuern sieht unter dem Schutze des philosophischen Prinzips: Laßt die Kaufleute gewähren!

Charles Fourier.

Frauenfragen.

Die internationale Befähigung der Frauen.

Ohne Zweifel ist nach dem Kriege die internationale Zusammenarbeit sehr gewachsen. Mehr oder weniger haben alle Berufe Vereinigungen, die über die Landesgrenzen hinweggehen. Das „Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik“, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, gibt einen Einblick in die internationale Befähigung der Frauen. Im Jahr 1930 sind verschiedene internationale Verbindungen hinzugekommen. So beschloß im August 1930 eine Versammlung der Geschäftsfrauen und Vertreterinnen der freien Berufe die Errichtung einer internationalen zur Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen und ständiger Verbindung unter diesen Frauenkreisen zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen. Auf Anregung einer amerikanischen Vereinigung schlossen sich die erzkennenen Frauen verschiedener Länder in Genf zur „Equal Rights International“ (Internationale Vereinigung für Gleichberechtigung) zusammen; sie bezweckt den Kampf um die Erlangung der unbedingten Gleichheit der gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen für beide Geschlechter. Eine Frauenkonferenz in Honolulu beschloß die Errichtung einer Frauenvereinigung der pazifischen Länder. In Wien tagte im vergangenen Jahre der Internationale Frauenrat, dessen Organisationen 40 Millionen Mitglieder umfassen sollen. Gleichzeitig mit dieser Veranstaltung wurde die 3. nationale Vereinigung der Landfrauen gegründet. Die Konferenz dieser Internationalen befaßte sich mit dem Problem des Weltmarktes, der Normung von Erzeugnissen, der landwirtschaftlichen Ausbildung der ländlichen Jugend, der Rechtslage der Bauernfrauen innerhalb der landwirtschaftlichen Gesetzgebung usw. Des ferneren war die Internationale genossenschaftliche Frauengilde zusammen, um ihre Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Panindische Frauenkonferenz, die ebenfalls 1930 stattfand, zeigt, welchen raschen Fortschritt die Frauenbewegung selbst in Asien macht. Die Frauen von Vorderasien waren im Juli 1930 in Damaskus versammelt, um ihren gemeinschaftlichen Willen zur Selbstbefreiung durch Zusammenschluß zu stärken. Daß das Frauennetzwerk der sozialistischen Arbeiter-Internationalen zu den aktivsten internationalen Frauenvereinigungen zählt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Bezüglich der Gewerkschaften bemerkt das Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik folgendes: Die Beteiligung der weiblichen Mitglieder der gemischten Gewerkschaften am Gewerkschaftsleben nimmt von Jahr zu Jahr an Umfang zu und entwickelt sich immer mehr zu einer spezifischen, den besonderen Bedürfnissen der Arbeiterinnen entsprechenden Tätigkeit. Unter dem Druck ihrer besonderen Bedürfnisse schließen sich die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder mehr zusammen. In mehreren Ländern haben die gemischten Gewerkschaften Frauenausschüsse, namentlich zur Ausbildung von Führerinnen für den weiteren Ausbau der Arbeiterinnenverbände, gebildet.

In der verfaßten in Erscheinung tretenden internationalen Befähigung der Frauen zeigt sich die Befreiung der Frau von jahrhundertelanger Bevormundung sehr deutlich.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Wieder eine neue Notverordnung mit Änderungen für die Arbeitslosenklasse.

Das ferbende Kabinett Brüning I hat dem deutschen Volke zur Erinnerung noch schnell eine umfangreiche Notverordnung

Papier-Industrie

Zwangswirtschaft.

Die Unternehmer aller Industrien reden seit Jahren von einer angeblichen Zwangswirtschaft auf sozial- und besonders auf lohnpolitischem Gebiete. Der Reichsverband der Deutschen Industrie, dem als Streikgenosse die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zur Seite steht, prägte deshalb in seiner Denkschrift vom Dezember 1929 folgende Sätze:

„Die Festlegung des Lohnes durch behördliche Eingriffe ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage des betroffenen Industriezweiges läßt die Werke nur mit einer geschwächten Kapital- und Wirtschaftsgrundlage weiterarbeiten. Jeder Zwangslohn geht auf Kosten des notwendigen Erlases noch nicht abgeschriebener Anlagen. Die Nachteile dieses Systems treffen nicht nur den Unternehmer, sondern auch den Arbeiter.“

Ganz abgesehen davon, daß es einen Zwangslohn in Deutschland noch nie gegeben hat, sondern die Löhne ein Ergebnis gemeinsamer Verhandlungen der Tarifkontrahenten bilden, und die staatlichen Schlichtungsinstanzen, von wenigen Fällen abgesehen, in denen der Schlichter allein einen Schiedsspruch fällt, sich mehr als Vermittler fühlen, soweit aber Schiedssprüche gefällt wurden, diese ebensooft abwechselnd auf einer Mehrheit beider Beisitzergruppen mit dem unparteiischen Vorsitzenden beruhen, sind die Arbeitgeber viel weniger „zwangslohnfeindlich“ eingestellt, wenn es sich um den Lohnabbau handelt. Da begrüßen sie sogar diese „Zwangsschiedssprüche“ mit derselben Begeisterung, wie sie 1923 die durch Notverordnung herbeigeführte zwangsweise Befestigung der Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen willkommen geheißen haben. Die Begeisterung der Unternehmer für Lohnabbau-Zwangsschiedssprüche geht sogar so weit, daß sie einen allgemeinen Lohnabbau auf Grund staatlicher Eingriffe in laufende Tarifverträge fordern.

Professor Gustav Cassel geht sogar noch weiter; er träumt bereits von „Gewerkschaftsmonopolismus“. In seinem Vortrage über „Kapitalismus und Wirtschaftskrise“ vor dem Wirtschaftspolitischen Gesamtausschuß des Hansa-Bundes am 17. Juni 1931 schwang er sich zu folgenden kühnen Behauptungen auf:

„Noch besser hätte sich die Entwicklung gestaltet, wäre der Wohnungsbau nicht unverhältnismäßig verteuert worden durch den Monopolismus der Gewerkschaften der Bauhandwerker.“

Monopolismus bedeutet doch wohl Beherrschung des Marktes, Festlegung der Produktionsleistung und Bildung des Preises auf Grund einer wirtschaftlichen, unbestrittenen Alleinherrschaft. Daraus ergibt sich, daß Professor Cassel nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß die Gewerkschaften des Bauhandwerks die Arbeitsleistungen und den Preis dafür, also die Löhne, einseitig diktieren.

Beide Zitate sind rein kapitalistische Übertreibungen, sie versuchen, der in Lohn- und Tariffragen unerfahrenen Öffentlichkeit eine Diktaturgewalt der Gewerkschaften vorzutauschen, die diese noch nicht einmal erhofft, geschweige denn jemals befehlen haben; sie sind der Diktaturgedanke der sogenannten Wirtschaftsführer aus der Vorkriegszeit, als diese die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch einseitig bestimmten, nur daß, weil es eben in den Kram paßt, das Wort „Unternehmer“ durch „Gewerkschaften“ ausgetauscht wurde.

Man gewinnt die Überzeugung, daß mit solchen Behauptungen und Verdrehungen die

Zwangswirtschaft der Unternehmer für die Öffentlichkeit verschleiert werden soll.

Uns scheint, daß auf dem Gebiete der Preisbildung eine viel schärfere Zwangs- und Monopolwirtschaft herrscht, als der Allgemeinheit bekannt ist. Davon spricht man im Unternehmerlager nicht gern; davon macht man in der Öffentlichkeit keine Reklame. Und trotzdem wäre auch diese Frage wert, nicht nur als Doktordissertation für Nationalökonomien und Volkswirte, sondern als Enquete für die Öffentlichkeit erforscht zu werden. Sie würde manchem Bierstichpolitiker und manchem Wirtschaftspraganten, der seinen Lebenszweck fast ausschließlich in der Bekämpfung der Gewerkschaften erblickt, die Augen etwas öffnen, wenn bei diesen Leuten der angeborene Haß gegen das Proletariat und dessen Bestrebungen auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft nicht zu eingeseilt wäre.

Zwangswirtschaft in der Papiererzeugungsindustrie.

Einen kleinen Vorgeschmack über die Ausdehnung der kapitalistischen Zwangswirtschaft in der deutschen Wirtschaft gibt schon die Organisationsbildung in der Papiererzeugungsindustrie. Das Unternehmertum dieser Industriegruppe hat sich im Laufe der Jahre geschaffen:

Zentrale Arbeitgeberverbände	1
Bezirkliche Arbeitgeberverbände	16
Wirtschaftliche Verbände	24
Syndikate, Kartelle, Konventionen	28
zusammen	69

Also 69 Verbände bemühen sich in einer einzigen Industrie, entweder die „Bäume der Gewerkschaften nicht in den Himmel wachsen zu lassen“, die sozialpolitische Wollust ihrer Arbeiter zu dämpfen, die Lebenshaltung ihrer Arbeitssklaven fortgesetzt zu drücken, Staat und Behörden sowie die Öffentlichkeit zu beeinflussen, den bürgerlichen Parteien in den Parlamenten ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Auffassungen zu suggerieren oder dem Publikum die Preise vorzuschreiben, die Produktion zu kontrollieren und zu verteilen usw.

Diese Organisationen gehören aber wiederum in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen den Anordnungen und Parolen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie oder der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Darüber hinaus ist die Frage noch ungeklärt, welchen Einfluß in sozialpolitischen Fragen die sogenannten örtlichen Arbeitgeberverbände und in wirtschaftspolitischen Fragen die Handelskammern auf die Mitglieder dieser Organisationen noch nebenbei ausüben.

Internationale Zwangswirtschaft.

Als die freien Gewerkschaften lange vor dem Weltkrieg ihre internationale Gewerkschaftsbewegung schufen, nannte man die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft des

halb „vaterlandslose Gesellen“. Die Unternehmer haben sich längst eine derartige „vaterlandslose“ Bewegung aufgezogen. Zum Teil sind internationale Zwangswirtschaftsorgane daraus geworden. Wir erinnern nur an die zusammengeschlossene europäische Zellstoffindustrie.

Da werden längst nicht mehr nur Weltmarktpreise, internationale Fragen der Wirtschaft- und Sozialpolitik, der Zollpolitik usw. besprochen; da werden auch bereits mit Erfolg internationale Produktionseinschränkungen beschlossen, da werden die nationalen Monopole zu internationalen erweitert.

In knapp einem Jahre hat das internationale Zellstoffkartell in Stockholm eine Einschränkung der europäischen Produktion um 15 und später um 30 Prozent beschlossen. Und schon wieder melden die Fachzeitungen, daß die Vertreter der Zellstoffindustrie aus Deutschland, Finnland, Schweden, Norwegen, Österreich, der Tschechoslowakei, Memel usw. am 28. und 29. September d. J. in Stockholm zu neuen Beratungen zusammentraten. Mögen weitere Beschlüsse abermals zu Betriebsstilllegungen und zur Entlassung von Tausenden von Zellstoffarbeitern führen, wenn nur die „ausreichenden Weltmarktpreise“ gerechtfertigt werden. Ob dadurch weitere zehntausende Arbeiterkinder zu Weihnachten kaum trockenes Brot auf dem Tische haben, ob Tausende dieser Kinder aus Mangel an Kleidung und Schuhzeug der Volksschule fernbleiben müssen, ob Tausende von Arbeiterfrauen- und -müttern über den kapitalistischen Segen Kränen vergießen, was scharf es die Wirtschaftsführer im Reichsverband

Rückfall in die Barbarei.

Faschismus und Bolschewismus sind Rückfallsformen in die verdrängten geistigen Sphären der Gemeinschaft und Gesellschaft. Weder in Italien noch in Rußland gibt es heute Genossenschaften. Die Gebilde, die in diesen Ländern als Genossenschaften bezeichnet werden, sind weiter nichts als staatliche Zwangseinrichtungen, die nach staatlichen Instruktionen staatliche Funktionen erfüllen; ebenso wenig ist in diesen Ländern eine selbständige freie Arbeiterbewegung bekannt.

(Aus: „Die Gemeinwirtschaft“.)

der Deutschen Industrie, was kümmert es die Industriekapitäne in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und ihren sachlichen Untergruppen, was geht es Professoren vom Schlage eines Cassel und Horneffer an; sie wettren gemeinsam mit dem Industrie-, Handels- und Bankierertum, mit den Junkern und Großbesitzern in der Landwirtschaft gegen das angebliche Monopol der Gewerkschaften, gegen die Zwangswirtschaft auf lohn- und sozialpolitischem Gebiete; sie fordern gemeinsam die Zertrümmerung der staatlichen sozialen Einrichtungen. Mögen die Unfallrentner, die Opfer unserer gottgesegneten kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosen, die Sozialrentner mit ihren Familien auch verhungern, die Wirtschaft kann nur noch gerechtfertigt werden, wenn durch den unaufhörlichen Lohnabbau auch der letzte Arbeiter in Deutschland verhungert ist.

Der Lohnabbau in Norwegen.

Nach einem sechsmonatigen Abwehrkampf ist vor dem staatlichen Schlichter eine Verständigung zustande gekommen. Der norwegische Arbeitgeberverband berechnet den erzielten Lohnabbau auf durchschnittlich 7 Prozent. Innerhalb der Papierindustrie erfolgte folgender Abbau der Stundenlöhne im Durchschnitt:

Industriezweig	Arbeiter %	Arbeiterinnen %	Gültigkeit der neuen Vereinbarungen bis
Papierherstellung	6	6	15. 9. 1932
Buchdruckereien	5	5	31. 3. 1935
Lithographie	6	6	1. 2. 1936
Buchbindereien	6	5	31. 3. 1935

In der Papiererzeugungsindustrie belief sich der DurchschnittsStundenverdienst für Akkordarbeiter auf 1,70 Kronen. Durch den Neuabschluß werden die Akkordverdienste um durchschnittlich 8 Prozent herabgesetzt.

Nach den neuen Vereinbarungen darf jedoch der Stundenlohn in keiner Gruppe weniger als 1 Krone = 1,12 Mk. betragen.

Als Urlaubsschädigung wurden neu festgesetzt:

- für Arbeiter über 19 Jahre 50 Kronen
- für Arbeiter unter 19 Jahren 35 Kronen
- für Arbeiterinnen 35 Kronen

Die Unternehmer hatten einen 15prozentigen Lohnabbau verlangt. Beachtet man, daß der norwegische Lebenshaltungskosten-Index seit August 1928 um 13 v. H. gesunken ist, so ergibt sich daraus, daß trotz des Lohnabbaues der neue Reallohn in der norwegischen Papiererzeugungsindustrie noch über dem des Jahres 1928 steht.

Da die deutschen Arbeitgeber bereits den zweiten Lohnabbau fordern, empfiehlt es sich, die Stundenlöhne, ohne Akkord- und Prämienzuschläge, in der Papiererzeugungsindustrie beider Staaten aus dem Jahre 1929 gegenüberzustellen:

Staaten:	Stundenlohn in Reichspfennigen für					
	Papier-Masch.-F.	Holländermüller	Handmüller	Pappmaschinen-F.	Erweiter	Arbeiterinnen
Norwegen	165	130	149	144	119	79
Deutschland	89,6	78,3	89,6	71,2	71,1	48,7

Durch den neuen Lohnabbau in Norwegen und den Frühjahrslohnabbau in Deutschland ermäßigen sich diese Stundenlohnsätze um rund 6 Prozent. Trotzdem die deutschen Papierarbeiterlöhne ganz erheblich unter den norwegischen liegen und z. B. der norwegische Pappmaschinenführer mehr als den doppelten Lohn seines deutschen Kollegen erhält, fordert das deutsche Unternehmertum bereits den zweiten Lohnabbau, weil es angeblich infolge der hohen deutschen Löhne auf dem Weltmarkte nicht konkurrenzfähig ist.

Der durch den Abwehrkampf in der norwegischen Papiererzeugungsindustrie erlittene Produktionsausfall wird in der Papier- und Zellstoffindustrie auf je 150 000 Tonnen ver-

anschlagt. Der Ausfall an Zellungsdruckpapier wird auf 100 000 Tonnen geschätzt. Lediglich in der Holzstoffindustrie dürfte der Produktionsausfall kaum ins Gewicht fallen, da er durch das skandinavische Produktionseinschränkungsprogramm auch eingetreten wäre.

Die norwegischen Unternehmer haben infolgedessen ihren Sieg recht teuer erkauft. Daher ist es auch verständlich, daß sie den kurzen einjährigen neuen Lohnabschluß bedauern und befürchten, im nächsten Jahre abermals in schwere Kämpfe verwickelt zu werden. Vom Arbeitnehmerstandpunkt aus betrachtet, bedeutet der neue Abschluß zwar keinen Sieg, aber unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftskrise immerhin einen beachtenswerten Abwehrerfolg.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Spargelanbau und Spargelverwendung.

Der Spargelanbau gehört zu jenen Landkulturen, die am besten auf leichtem Boden betrieben werden können. Sandboden, mit etwas Lehm durchsetzt, ist für Spargelkulturen der beste. Aber auch auf reinem leichtem Sandboden lassen sich bei sachgemäßer Bearbeitung gute Erträge erzielen. Im Gegensatz zu allen anderen Gemüsesorten wird Spargel als Dauerkultur betrieben. Die Ertragsdauer einer bebauten Fläche beträgt 15 Jahre und darüber. Die Spargelkultur wird hauptsächlich im häuerlichen Kleinbetrieb betrieben. Wo größere Anlagen bestehen, gehören diese meist zu einer Konservenfabrik.

Spargelanbau gab es in Deutschland schon lange vor dem Kriege. Wie alle Feldfrüchte, die Arbeit erfordern, ging auch der Spargelanbau während des Krieges stark zurück, stieg aber gleich nach dem Kriege wieder erheblich, so daß er bereits im Jahre 1927 wieder denselben Umfang erreicht hatte wie in den letzten Vorkriegsjahren. Die letzten statistischen Feststellungen wurden im Jahre 1927 gemacht. Danach betrug der Spargelanbau in Deutschland:

1883	1 645 Hektar
1893	2 995 Hektar
1900	6 843 Hektar
1913	13 638 Hektar
1927	13 124 Hektar

Durch die letzte Erhebung über Bodenbenutzung im Jahre 1927 wurde also festgestellt, daß 13 124 Hektar Land mit Spargel bebaut waren. Das sind nicht ganz 10 Prozent der Gesamtfläche, die in Deutschland mit Gemüse bebaut war.

Seit 1927 ist nun der Spargelanbau in Deutschland sehr stark gestiegen. In einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches beträgt die Steigerung 100 Prozent und mehr. Schätzungsweise stieg der Spargelanbau in Schlesien in den letzten vier Jahren um 100 Prozent, in der Altmark sogar um 150 Prozent. Im gleichen Zeitabschnitt soll der Spargelanbau in Mecklenburg um 75 Prozent, in Baden um 60 Prozent, in Braunschweig um 30 Prozent, in Württemberg um 28 Prozent und im Freistaat Sachsen um 15 Prozent gestiegen sein. Die gesamte Anbaufläche mit Spargel wird von den „Blättern für Landwirtschaft und Marktforschung“ für das Jahr 1931 auf rund 20 000 Hektar geschätzt. Das wäre gegenüber 1927 ein Mehr von rund 52 Prozent.

Die Schätzungen über die Erträge je Hektar gehen weit auseinander. Bodenbeschaffenheit, Düngung und Bearbeitung des Bodenspielen hierbei eine wesentliche Rolle. Ähnlich verhält es sich mit der Qualität des Spargels. Man sortiert ihn in der Regel nach vier Qualitätsstufen. Nach den „Blättern für Landwirtschaft und Marktforschung“ entfielen bei einer normalen Spargelernte im Braunschweiger Bezirk 35,6 Prozent auf die 1. Qualität, 29,3 Prozent auf die 2. Qualität, 27,2 Prozent auf die 3. Qualität und 7,9 Prozent auf die 4. Qualität. Unter der Annahme, daß der Durchschnittsertrag je Hektar 25 Doppelzentner beträgt, kommt Herr K. Schneider bei einer Behandlung dieser Frage in den vorgenannten Blättern zu dem Ergebnis, daß die Spargelernte 1931 in Deutschland rund 500 000 Doppelzentner betragen haben dürfte. Das wären 172 000 Doppelzentner mehr als die Ernte, die wir, unter gleicher Schätzungsmenge, im Jahre 1927 hatten.

Die Einfuhr an frischem Spargel ist nach der gleichen Quelle gegenüber dieser gewaltigen Produktion unbedeutend. 1912/13 betrug die Einfuhr 8560 Doppelzentner im Durchschnitt je Jahr. 1925—1927 betrug sie 3270 Doppelzentner im Durchschnitt je Jahr, 1928—1929 wurden 16 360 Doppelzentner eingeführt und 1930 14 600 Doppelzentner. Die Ausfuhr frischen Spargels ist ebenfalls unerheblich. Sie betrug in den Jahren 1928—1930 im Durchschnitt je Jahr 4690 Doppelzentner. Es werden also nur sehr geringe Spargelmengen eingeführt, die Ausfuhr aber ist noch geringer.

Wie werden nun diese ungeheuren Spargelmengen abgesetzt? Oft hört man die Auffassung, daß die Konservenindustrie den Hauptanteil des Spargels aufkauft und ihn konserviert. Das trifft nach der angegebenen Quelle durchaus nicht zu. Es wird geschätzt, daß die Konservenindustrie in den letzten Jahren je Jahr rund 150 000 Doppelzentner Spargel aufgenommen hat. Aus dem Jahre 1930 waren Reserven übriggeblieben, so daß die Konservenindustrie bei Spargelkäufen in diesem Jahre sehr zurückhaltend gewesen ist. Man nimmt an, daß sie in diesem Jahre nicht viel über 100 000 Doppelzentner aufgekauft und konserviert hat. Auf dem Frischmarkt wären demnach 400 000 Doppelzentner abgesetzt.

Wie bei allen landwirtschaftlichen Produkten, so klagt man auch beim Spargelabsatz über zu niedrige Preise. Herr K. Schneider bringt in seiner Abhandlung einige Darstellungen über die Preisentwicklung für eine Reihe von Jahren. Danach wurden am Berliner Markt für 50 Kilogramm Spargel im Durchschnitt der Saison gezahlt:

1911—1913	64,35 Mk.
1925—1927	82,— Mk.
1928—1930	80,14 Mk.
1931	50,68 Mk.

Ähnliche Darstellungen werden für andere Märkte gegeben. Um den Spargel zu lohnenden Preisen loszuwerden, hat man sogen. Erzeugermärkte geschaffen, auf denen der Spargel ver-

steigert wird. Aber die Auswirkung dieser Märkte gehen die Ansichten auseinander. Auch auf andere Art hat man sich bemüht, den Absatz zu organisieren. Man vertritt sogar die Auffassung, daß der Spargel allmählich ein Volksernährungs- mittel wird. Herr Schneider sagt darüber in dem erwähnten Aufsatz folgendes:

„Der Gesichtspunkt der Volksernährung kommt dem Spargel- jahre 1931 deshalb große Bedeutung zu, weil es den Spargel aus einem „Lurusgemüse“ zu einem „Volksgemüse“ gemacht hat. Während bis in die letzten Jahre der Spargelkonsum in weiten milderemittelten Volkskreisen so gut wie unbekannt war, waren in diesem Jahre auch weniger kaufkräftige Volksschichten infolge der niedrigen Preise in der Lage, Spargel zu verzehren.“

Man könnte wünschen, Herr Schneider hätte mit seiner Auffassung recht. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die angeführten Preise Großhandelspreise sind. Im Klein- verkauf ist der Spargel wesentlich teurer. Der großen Masse ist es auch heute noch nicht möglich, Spargel zu kaufen, so daß er leider noch kein „Volksgemüse“ geworden ist. Dazu kommt, daß die Arbeitgeber durch den dauernden Lohndruck dafür sorgen, daß die Einnahmen weiter Volkskreise immer mehr vermindert werden. Die Konferenzindustriellen, die am Ab- satz des konservierten Spargels ein erhebliches Interesse haben, sind mit dabei, die Kaufkraft der Arbeiterschaft weiter zu schwächen. Man fordert erneut einen Lohnabbau in erheb- lichem Umfang. Also auf der einen Seite klagt man dauernd über mangelnde Kaufkraft, auf der anderen Seite baut man die Kaufkraft durch Lohnherabsetzungen immer weiter ab. Das Ganze nennt man dann Wirtschaft. Mißwirtschaft wäre dafür der richtigere Ausdruck. E. Senkfeil.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Den Besten angeschlossen.

In großer Aufmachung hat die Kommunistische Partei den Spitzenkandidaten der A.G.O., Herrn Paul Wiegell, bei der Betriebsratswahl der J.-G. Farbenindustrie in Leverkusen als den besten und schneidigsten revolutionären Klassenkämpfer der Arbeiterschaft zur Wahl empfohlen. Paul Wiegell sollte das Betriebsratsbüro leiten und die Arbeiterschaft der J.-G. Farbenindustrie zum Siege über das Chemiekapital führen. Wiegell wurde auch gewählt. Aber radikal zum Erbbrechen und bei einer großen Portion Unkenntnis des Betriebs- ratgesetzes, die sich bei jeder Äußerung, die er macht, offen- barte, hat sich Wiegell selbst erledigt. Er wurde entlassen.

Die Kommunistische Partei hat jetzt festgestellt, daß der ehemalige Spitzenkandidat nicht mehr linientreu und als echter Revolutionär nicht mehr zu verwenden ist. Die Partei hat über ihn zu Gericht geessen, und es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Arbeiter Paul Wiegell wird mit sofortiger Wirkung aus der kommunistischen Partei und der A.G.O. wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen.“

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist das die Befähigung der Wahrheit, daß die A.G.O. keine wirkliche Gewerkschaftsorganisation ist. Eine Vereinigung, die Kandidaten aufstellt, die sie selbst nach wenigen Wochen des Lobes als Verräter der Arbeiterschaft stempeln muß, kann nicht das Vertrauen der Arbeiter beanspruchen.

Die christlichen Gewerkschaften 1930.

Verbände	Mitgliederzahl insgesamt		Mehr bzw. weniger
	Ende 1929	Ende 1930	
1. Bauarbeiter	48 913	49 113	+ 200
2. Beschleunigungsarbeiter	11 244	8 674	- 2 570
3. Bergarbeiter	102 710	100 128	- 2 582
4. Buchbinder	3 982 ¹	4 189	+ 207
5. Fabrikarbeiter	63 119	68 000	+ 4 881
6. Fassungsveranstalter	20 622	21 452	+ 830
7. Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	37 853	40 006	+ 2 153
8. Graphiker	5 115	5 133	+ 18
9. Hausgehilfen	3 396	3 331	- 65
10. Heimarbeiterinnen	7 304	7 289	- 15
11. Holzarbeiter	31 675	30 050	- 1 625
12. Ländliche Arbeitnehmer	80 686	72 749	- 7 937
13. Lederarbeiter	10 601	11 066	+ 465
14. Maler	4 007	3 939	- 68
15. Metallarbeiter	121 168	126 619	+ 5 451
16. Maschinenbaufabrikarbeiter	10 005	10 512	+ 507
17. Tabakarbeiter	22 421	21 702	- 719
18. Textilarbeiter	80 308	74 702	- 5 606
Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten	673 127	658 707	- 14 420
Gesamt	119 700²	120 156	+ 456
	792 827	778 863	- 13 964

¹ einschließlich der Lehrlinge.
² Mitgliederzahl vom 1. Oktober 1929.

Rechtssprechung.

Können Organisierte mit Streikbrechern zusammenarbeiten?

Das Reichsarbeitsgericht hat eine bedeutungsvolle Entscheidung gefällt. (AZO. 21. 5. 30 - 18. 30.) Einige organisierte Arbeiter hatten sich geweigert, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Der Unternehmer war infolge dessen gezwungen, die Streikbrecher zu entlassen. Diese streikten gegen die organisierten Arbeiter Schadenersatzklage an. Die Kläger wurden jedoch in allen Instanzen abgewiesen. In der Begründung des Reichsarbeitsgerichts heißt es u. a.:

„Die Beklagten haben in den Klägern Streikbrecher und hätten es mit ihrer Standesehre nicht für vereinbar, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das Verhalten der Beklagten wäre unbillig gewesen, wenn sie den Zweck verfolgt hätten, die Kläger wegen des Streikbruchs gewissermaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen. Es ist aber festzustellen, daß die Beklagten nicht bezweckt haben, Rache zu nehmen, vielmehr erachteten sie es als mit ihrer Standesehre nicht verträglich, mit den Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Das Verhalten der Beklagten würde einen Verstoß gegen die guten Sitten auch dann in sich schließen, wenn ihr Zweck erreicht gewesen wäre. Die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder auch nur zu gefährden. Nach den getroffenen Feststellungen kann auch davon keine Rede sein.“

zu vernichten oder auch nur zu gefährden. Nach den getroffenen Feststellungen kann auch davon keine Rede sein.“ Dieses Urteil des Reichsarbeitsgerichts erscheint uns sehr vernünftig. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Unter- nehmerpresse über die getroffene Entscheidung in Wut gerät. Dennoch hat die höchste Instanz der Arbeitsgerichte als ganz richtig erkannt, daß es einem organisierten Arbeiter nicht zugemutet werden kann, mit Streikbrechern zusammenzu- arbeiten. Vor allem ist es erfreulich, daß das Reichsarbeits- gericht auch bei den Arbeitern eine Standesehre feststellt. Die Gegner der Arbeiterschaft glauben, daß der Arbeiter und Angestellte eine Standesehre nicht besitzt und darauf auch keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Desso be- achtenswerter ist die Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts.

Rundschau.

Hinterhältige, verlogene und dumme Unternehmerpropaganda.

Im „Proletarier“ Nr. 36 vom 5. September 1931 haben wir unter der Überschrift „Der kapitalistische Verwandlungskünstler“ die unehrliche Bauernfängerei des Industrieschutz- verbandes gekennzeichnet, weil er unter falschen Namen seine Flugchriften zur Korruption der Arbeiterschaft verbreitet.

Jetzt hat sich gegen diese unehrliche Art der Werbung auch die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nr. 744 vom 6. Oktober ausgesprochen. Sie zitiert einige Kostproben aus dem Material des Industrieschutzverbandes („Gesellschaft zur Ver- breitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse“ und „Verein für soziale Aufklärung“) und schließt dann ihre Betrachtung mit folgenden Sätzen:

„Niemand verbietet den Unternehmern Propaganda. Niemand wird bestreiten wollen, daß sie das Recht haben, das auszusprechen, was ihnen im Eigen- und Volksinteresse geboten erscheint. Aber eine hinterhältige, ver- logene und noch dazu dumme Propaganda muß als solche gekennzeichnet werden.“

Verbandsnachrichten.

Bewerbungen zu den Bildungskursen für unsere Mitglieder. (80. bis 85. Kursum.)

Im Schulheim in Wennigsen finden auf Beschluß des Vor- standes weitere, drei Wochen dauernde Kurse statt, und zwar im 1. Halbjahr 1932

- von Sonntag, 31. Januar, bis Sonnabend, 20. Februar,
- von Sonntag, 28. Februar, bis Sonnabend, 19. März,
- von Dienstag, 29. März, bis Dienstag, 19. April,
- von Sonntag, 24. April, bis Sonnabend, 14. Mai,
- von Sonntag, 22. Mai, bis Sonnabend, 11. Juni,
- von Sonntag, 19. Juni, bis Sonnabend, 9. Juli.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt:

Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsratsgesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgesetz und Zivil- prozessordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Sozialversicherung.

Kolleginnen und Kollegen mit der ernststen Absicht und dem festen Willen, das in Wennigsen Gehörte durch Selbststudien zu ergänzen und praktisch zu verwerthen, werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 7. November bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen.

Die Bewerbung muß enthalten:

1. eine Abhandlung über den Lebenslauf mit Angabe des Alters;
2. Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrik- arbeiterverband und evtl. frühere Mitgliedschaften, über die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung überhaupt sowie über die gegenwärtigen Funktionen;
3. ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abend- kursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an solchen Bildungsveranstal- tungen nicht teilgenommen hat, sind die Ursachen der Nichtteilnahme kurz anzugeben.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schulheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht ein- zureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursuseteilnahme in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn der erste Vorschlag wegen Überfüllung des Kursus nicht möglich ist, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Kursusfehlnehmer erhalten:

1. die Verheirateten 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. jährlich 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mk. für einen ganzen, 4 Mk. für einen halben Reisetag;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mk.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Entschluß an die Verwaltung bis zum 22. November 1931 weiterzugeben.

Die Bewerbungen müssen die Bewerbungen mit einem Er- gänzungsgutachten entsprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 12. Dezember 1931 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen. Der Hauptvorstand.

Teilnehmer an den Arbeiterwohlschulen.

Gemäß der Vorschläge des Vorstandes hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Einvernehmen mit der Schulleitung in diesem Jahre folgende Kolleginnen und Kollegen zum Besuch der Arbeiterwohlschulen zugelassen:

Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M.:
Erich Bach, Oberndorf bei Ulm, Kreis Celle.
Johannes Böhler, Schwanberg bei Albstadt, Kreis Ulm.

Wirtschaftsschule Düsseldorf:

Kurt Wagemann, Ennighof bei Wände, Holzhauserstraße 208.
Franz Gebel, Beckum, Weiskirchstraße 83.

Wirtschaftsschule Berlin:

Emma Strauß, Dresden, Fichtenstraße 15.
Joseph Eister, Neßchau i. V., L.-Neubert-Straße 21.

Warnung vor Joseph Polardt.

Ein gewisser Joseph Polardt, im Jahre 1878 geboren, ver- suchte von einer Zahlstelle Lokalgeschenke zu erlangen. Seine An- gaben in bezug auf den Verbleib seines Mitgliedsbuches erwiesen sich als falsch. Wir warnen unsere Zahlstellenleitungen vor ihm.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle R a u s c h a: Richard L i e m a l d, Buch-Nr. S II 636 636; auf Grund des § 14 Ziffer 3a und b in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle G ö r l i c h (Penzig): Helmut P i e t s c h m a n n, Buch- Nr. 223 453.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingelangt:

Gau 1: Bielefeld, Braunschweig, Fürstentum, Gr.-Säußlingen, Gr.-Rhiden, Osnabrück, Petne, Soltau, Stadthagen, Wieselhövede, Walsrode, Bramsche, Detmold, Grünenplan, Hannover, Lachendorf, Münden, Schildhorst, Stadthagen, Sameln, Nienburg, Celle, Hildesheim, Münden, Gronau, Einbeck, Freden, Goslar, Lehrte, Lübbecke, Osnabrück, Osterode, Alzen, Westerberg.

Gau 2: Bernburg, Bismark, Burg, Dessau, Dommitzsch, Genthin, Seiffen, Kalbe, Königslutter, Magdeburg, Neuhaldensleben, Osterburg, Stahfurt, Stendal, Wustrow, Witterfeld, Eilen- burg, Goldbeck, Helmstedt, Hornburg, Rötzen, Seebauern, Burgdorf, Hefsen, Halberstadt, Halle, Elbingerode, Roswig, Elsterwerda, Harz- gerode, Klöße, Mühlberg, Ochersleben, Preßlin, Rogätz, Schöne- beck, Schöningen, Lorgau, Wittenberg.

Gau 3: Baruth, Brandenburg, Finow, Gransee, Gr.-Besten, Herzfelde, Kottbus, Luckenwalde, Müncheberg, Neuwedel, Pots- dam, Rathenow, Rüdersdorf, Sommerfeld, Schwiebus, Velten, Vordamm, Wittenberg, Zehdenick, Zilllichau, Deutsch-Krone, Nauen, Neuruppin, Treuenbriegen, Berlin, Trebbin, Arnswalde, Ebers- walde, Frankfurt, Guben, Havelberg, Mühlentee, Oederberg, Oranienburg, Rheinsberg, Perleberg, Angermünde, Fläow, Freien- walde, Küstrin, Landsberg, Raddisch, Schneidemühl, Schönlanke, Storkow, Töpchin, Jossen.

Gau 4: Jarmen, Dömitz, Gützkow, Hagenow, Kammin, Lauen- burg, Lübz, Pyritz, Rostock, Schwaa, Schwerin, Anklam, Döberan, Grevesmühlen, Körlin, Lebbin, Strelitz, Stettin, Köslin, Barth, Brühl, Friedland, Greifenhagen, Greifenhagen, Parchim, Staven- hagen, Lefsin, Wolgast, Würow, Dramburg, Falkenburg, Fiddichow, Fürstentum, Goldberg, Gollnow, Greifswald, Grabow, Hohenkrug, Pöcknitz, Lübbchen, Malchin, Neubrandenburg, Neustrelitz, Stral- sund, Teterow, Warin, Waren, Warnemünde, Wismar, Woldegk, Zarnglaff, Kolberg, Stolp.

Gau 5: Elst, Wörmitz, Allenstein, Rastenburg, Bischofsburg, Heilsberg, Insterburg, Danzig, Elbing, Königsberg.

Gau 6: Liegnitz, Hirschberg, Münsterberg, Waldenburg, Breslau, Olag, Rauscha, Weißwasser, Gleiwitz, Ologau, Ratibor, Bunzlau, Oppeln, Görlitz.

Gau 7: Schenkisch, Döbeln, Dresden, Freiberg, Großenhain, Lausitz, Plauen, Schwebnitz, Strehla, Weichselburg, Annaberg, Bautzen, Leipzig, Meißen, Ostendör-Oskilla, Riesa, Heidenau, Chemnitz, Wurzen, Radeberg, Radeburg, Waldheim, Zwickau, Aue, Markranstädt, Sebnitz, Zittau.

Gau 8: Lannroda, Artern, Auma, Blankenbain, Weißenroda, Breitenstein, Erfurt, Gera, Gräfenhal, Greußen, Ilmenau, Salzungen, Wallhausen, Waltershausen, Jecha, Jena, Stadtleng- feld, Eisenberg, Altenburg, Gräfenroda, Zeitz, Göttha, Kahl, Kah- löh, Könnig, Rodach, Arnstadt, Ellrich, Fraustadt, Lützen, Mülla, Schleusingen, Stadtilm, Sonneberg, Blankenberg, Merseburg, Neu- haus-Steinach, Rudolstadt, Triptis.

Gau 9: Altschaffenburg, Karlstadt, Lohr, Weigenburg, Mitter- feich, Oberkochen, Weiden, Bayreuth, Hohenberg, Regensburg, Schirnding, Fürtth, Waldsassen, Selb, Ebersdorf, Erlangen, Hof, Konstanz, Rehau, Selb-Plößberg, Schwarzenbach, Bamberg, Kipfen- reuth, Kups, Schweinfurt, Stockheim, Tetten, Thiersheim, Trischen- reuth, Warmensteinach, Wiesau, Windheim, Windsheim, Arzberg, Nürnberg, Schönwald.

Gau 10: Mesbach, Bruckmühl, Fleck, Landsbut, Mainburg, Marienstein, Moosburg, München, Schellenberg, Schrobenufen, Straubing, Augsburg, Neuburg, Lärkheim, Altföding, Deggendorf, Freising, Oberau, Rosenheim.

Gau 11: Gerabronn, Dürheim, Göttingen, Karlruhe, Neuf- lingen, Heilbronn, Eßlingen, Singen, Walingen, Freudenberg, Rottweil, St. Georgen, Schramberg, Stuttgart, Offenburg, Waldshut.

Gau 12: Saarbrücken, Eisenberg, Heidelberg, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Neustadt, Birkenfeld, Ladenburg, Mannheim, Rheinzabern, Speyer.

Gau 13: Darmstadt, Offenbach, Hanau, Höchst, Worms, Kassel, Korbach, Limburg, Frankfurt, Höhr, Mainz.

Gau 14: Hirschheim, Bonn, Goch, Kreuznach, Düren, Aachen, Bendorf, Gummersbach, Krefeld, Leverkusen, Uderbach, Köln, Neuwied, Oberbruch, Solingen.

Gau 15: Hamburg, Lübeck, Lüneburg, Marne, Brake, Bruns- büttelkoog, Flensburg, Stade, Wunzen, Igehoe, Harburg, Bremen, Delmenhorst, Wefermünde, Glückstadt, Lauenburg, Rahlburg, Elst- feich, Kiel, Oldenburg, Scharrel, Varel, Elmshorn.

Gau 16: Bochum, Bredelar, Datteln, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Fröndenberg, Recklinghausen, Dülmen, Essen, Lünen, Rebedamm, Scheuerfeld, Emmerich, Hemer, Witten, Arnberg, Brilon, Gerthe, Hagen, Herdecke, Münster, Raunel, Siegen, Wesel.

Literarisches.

Wels: „Erfol - Recht - Wirtschaft“, Band 7 und 8; Zehle: „Soziale Hygiene“, Verlag L. Ehrmann, Dresden, I. 80 S. 1,40 Mk., II. 64 S. 1,20 Mk. Der auf seinem Gebiete als Autorität bekannte Verfasser, einer der Mitbegründer dieses neuartigen Zweiges der wissenschaftlichen Hygiene, bietet in den beiden Bänden eine vorzügliche Einführung in die Entschlüsselung der lebensgeschichtlichen Vor- bedingungen eines gesunden Lebens. Die beiden Bücher sind durchwegs von warmer Liebe zum Volke und voll Verständnis seiner Räte. Es wäre dringend zu wünschen, daß durch eine wertvolle große Verbreitung dieser Bücher allgemeines Verständnis für die Notwendigkeit der Wohlfahrtspflege und der Gesundheitsfürsorge in dieser „abbaufreudigen“ schweren Arbeit herbeigeführt wird, und in diesem Sinne empfehlen wir die Bücher dringend jedermann zur Anschaffung.

Nieder mit dem Faschismus! Die satirische Zeitschrift „Die Leuchtröhre“ bringt im Oktoberheft unter diesem Titel eine vorzügliche Zeichnung. Weiter bringt das Heft gelungene Satiren, wie: „Verwandlungsphasen eines Menschenlebens“, „Gegner Volkshandelsfraktion“, „Reiche Erde“, „Kammerer“, „Gleiche Lasten“ usw. Der Preis beträgt für ein Exemplar 20 Pfennig. Probeblätter versendet auf Wunsch die Verwaltung „Die Leuchtröhre“, Wien IV, Mittelsteig 3a.

Die „Bücherei“, Monatschrift der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreihänderstraße 3. Das Oktoberheft zeigt, welche erkenntlich große Anzahl von Büchern die Gilde herausgebracht hat und wie vielseitig das literarische Programm dieser Gesellschaft ist.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jwing (Jena). Septemberheft 1931. Verlag Karl Jwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 Mk.

Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt 1930. Herausgegeben vom Hauptvorstand für Arbeiterwohlfahrt, e. V., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. 218 Seiten. Dieses erste Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt vermittelt einen tiefen Einblick in Geist und Wirken der Arbeiterwohlfahrt. Sozialistischer Geist und soziales Wirken werden offenbar.

Chemische Industrie

Neues vom Bedaur-System.
(Schluß)

Die über 60 B/Stunde geleisteten B gelten als Prämien-B, die mit 75 Prozent der Normalkosten/B verrechnet werden.

$$\text{Kosten/Prämien-B} = 0,75 \times \frac{\text{B/B}}{60}$$

Die Kurve zu A 83 zeigt die wirkliche Bezahlung / B als Funktion der B-Stunde.

Erläuterung für die zur Kostengruppe B (Uberlohn) gehörigen Einzelkosten.

- B 21 = Kontrolle
- B 22 = Schreibarbeiten
- B 23 = Bedienung
- B 24 = Instandhaltung
- B 25 = Vorbereitung
- B 26 = Verschiedenes
- B 27 bis 31 = Ohne besondere Bezeichnung

B-Gesamt = Summe aus B 21-B 31.

Nota: Die Kontierung wird auf den Vorgangsblättern angegeben.

B 21 = Kontrolle: Unter Kontrolle fallen die Löhne, die auf Grund von indirekten oder Normalwerten von der Bedaur-Abteilung (unter Kontrolle) als normal zu verrechnen sind.

B 22 = Schreibarbeit (unter Schreibarbeiten).

B 23 = Bedienung (unter Bedienung): Es fallen hierunter vorwiegend Transporte und Zubringearbeiten, sofern diese nicht als direkte Arbeit / Kalkulations-einheit herausgegeben werden.

B 24 = Instandhaltung (unter Instandhaltung): Arbeiten der laufenden Instandhaltung bestimmter Anlagen und Einrichtungen der Abteilung.

B 25 = Vorbereitung (unter Vorbereitung): Arbeiten für die Vorbereitung der Durchführung der eigentlichen Fabrikationsaufgaben.

B 26 = Verschiedenes: Unter Verschiedenes fallen indirekte Arbeiten, deren Aufweisung unter einer besonderen Kontobezeichnung nach Art, Umfang und Häufigkeit des Vorkommens nicht lohnend ist.

B 27 = Ohne besondere Bezeichnung: In diesem Konto werden nur Löhne und Stunden (also keine Arbeitsleistung) für folgende Arbeiten gezeigt:

1. alle indirekten Arbeiten, für die keine B-Werte vorhanden sind (sie sollen aber angefordert werden);
2. alle indirekten Arbeiten, die keine besonderen Werte erhalten, weil:
 - a) die Arbeit bereits in einem direkten B-Wert durch die Bedaur-Abteilung berücksichtigt ist, aber infolge mangelnder Aufsicht bei der direkten Arbeit nicht ausgeführt ist und nun nachgeholt werden soll,
 - b) das Vorkommen der Arbeit nur Ausnahme ist, also anormal ist (Beispiel zu a: Formen reinigen);
3. alle indirekten Arbeiten, für die keine B-Werte bestehen, weil die Fabrikationsabteilung keine Werte angefordert hat;
4. alle indirekten Werte, deren Verrechnung als Arbeit außer Bedaur (C der Analyse) erfolgen mußte, wenn auf dem Arbeiter-Verrechnungsblatt ordnungsgemäße Angaben über Auftrag, Vorgang und Menge der Arbeit gemacht wären.

Anmerkung: Das Konto B 27 ist also ein reines Nebenlohnkonto für alle Arbeiten, deren Verrechnung vom Standpunkt der Betriebskontrolle irgendwie bemängelt wird.

B 28 = Ohne besondere Bezeichnung: Es wird von Fall zu Fall von der Bedaur-Abteilung herangezogen und — auf den einzelnen Blättern gezeichnet — angegeben.

Aufsicht (zu Gruppe C gehörig). Hierunter fallen alle

- C = Gehälter, die für Aufsicht verwendet werden,
- C 20 = Aufsicht, die von Personen, die im Lohnverhältnis stehen, ausgeführt wird.

C Gesamt = Summe aus C + C 20.

Unter Aufsicht fallen die Löhne und Gehälter, die auf Grund von indirekten oder Normalwerten von der Bedaur-Abteilung unter Aufsicht als normal zu verrechnen sind.

S = Sonderlohn: Hierunter fallen Gelder, die auf Grund sozialer und tariflicher Festlegungen ausgeben werden, ferner Nachzahlungen und Kürzungen, die nicht mehr rückwärts gezeigt werden können.

S 41 = Betriebsförderung: Hierunter fallen alle entstehenden Unkosten durch Ausfall an Energie, Licht, Heizöl, die nur Schuld einer anderen Zentrale sind.

S 42 = Lehrfähigkeit: Hierunter fallen Ausgaben, die für Personen gemacht werden, die sich gelegentlich mit der Ausbildung von Lehrlingen befassen, im übrigen aber keine weitere Aufsichtsbezugnis haben.

S 43 = Nachsicht: Hierunter fallen Löhne, die die Betriebsleitung laut tariflicher Festlegung für besondere Aufwände mit der Belegschaft vereinbart (Zuschlag).

S 44 = Überstunden: Siehe unter S 43.

S 45 = Sonntags-Vergütung: Siehe unter S 43.

S 46 = —, soweit nicht schon unter A 82 (besonderer Anreiz) gezeigt.

S 47 und 48: Siehe unter S 43. (Vielleicht unter Bedaur zu bringen.)

- S 49 = Anhilfs-Schreiber: Außergewöhnliche Schreibarbeit: Statistik, Aufstellungen besonderer Art.
- S 50 = Gehaltsausgleich: Für Personen, die infolge ausfallender Arbeit (1. Mal z. B.) keine Aufsicht führen, aber im garantierten Monatsgehalt stehen.
- S 51 = Nach Anweisung der Lohn-Zentrale, Betriebsleitung oder Bedaur-Abteilung zu benutzen.
- S 52 = Hierunter zeigt die Lohnzentrale nötigenfalls die Differenz des Bezuges, der sich aus der Abstimmung der Bedaur-Analyse mit der Lohnliste infolge Abrundungen ergibt.
- S 53 = Hierunter werden Löhne gezeigt, die laut Genehmigung der Abteilung hier gezeigt werden sollen.

Kontengruppe G = Urlaub.

Löhne zur Umbuchung.

Besondere Erfassung unter U 61—U 65.

- U 61 = Versuche der Entwicklung gegenüber dem Betriebsrat.
- U 62 = Gesamte dafür entstehenden Löhne und Stunden.
- U 63 = Stunden, die für die vorgeschriebene Inventur verwendet werden.
- U 64 = Hilfe von Handwerkern, die in der gleichen Abteilung geführt werden.

Die Nationalsozialisten als Unternehmerknechte.

Dr. Wagener, ein führender Wirtschaftspolitiker der Nationalsozialisten, erklärte als einer der ersten Aufgaben der zur Macht gelangten Nazis die Durchführung der Arbeitsdienstpflcht. Das Wesen der Produktionspolitik werde sein, die Wirtschaft von allen ungesunden Lasten und Steuern zu befreien,

also vor allem

Beseitigung des Tarif- und Schlichtungswesens, des gesamten Fürsorgewesens, der Arbeitslosenversicherung, der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung.

Da der Nationalsozialismus auf dem Prinzip der Leistung stehe, erkenne er wohl ein Existenzminimum, aber keine Gleichheitsstarife an. Die Arbeitnehmer müßten sich ihre Rücklagen selbst schaffen, wofür in den Betrieben und Produktionsstätten Zwangsparkassen für die Arbeiter eingeführt würden.

Welcher Arbeiter kann nun noch daran zweifeln, daß die Nazis es gut mit ihm meinen? Ganz gewiß, das Leben müssen auch die Nazis den Arbeitern lassen (wenn auch nicht allen!), aber es wird ein Hundeleben sein.

Erläuterung zu den senkrechten Spalten in der Bedaur-Analyse.

Die senkrechten Spalten geben die Gliederung der in den Einzelkonten zum Ausdruck kommenden Löhne in Bezahlung an.

Es enthält:

- Spalte 1 = Wirkliche Bezahlung,
- Spalte 2 = Normale Bezahlung direkt, Normale Bezahlung indirekt,
- Spalte 3 = Mehrzahlung,
- Spalte 4 = Geleistete B,
- Spalte 5 = Wirkliche Stunden, Normale Stunden,
- Spalte 6 = B-Stunde (B h).

Es bedeuten 2 B:

- A 1 = Wirkliche Bezahlung im Hauptlohn an Bedaur.
- A 2 = Normale Bezahlung im Hauptlohn an Bedaur.
- A 3 = Mehrzahlung im Hauptlohn an Bedaur.
- Mehrzahlung = Wirkliche Bezahlung — Normale Bezahlung.

Erläuterung zur Zusammenstellungsgruppe D.

(Abteilungswirkungsgrad.)

- D 1 = Wirkliche Bezahlung gesamt an Bedaur = A 1 + B 1 + C 1.
- D 2 = Normale Bezahlung gesamt an Bedaur = A 2 + B 2 + C 2.
- D 3 = Mehrzahlung gesamt an Bedaur = A 3 + B 3 + C 3.
- D 4 = Gesamt-B = A 4 + B 4 + C 4.
- D 5 = Gesamt-Stunden = A 5 wirl. + B 5 wirl. + C 5 wirl.
- D 6 = Gesamt-B-Stunde = D 4 : D 5.
- D 7 = Abteilungswirkungsgrad = D 6 — Mehrzahlung gesamt an Bedaur, in Prozenten = M 7.

Anmerkung: Nach den Bedaur-Prinzipien ist der Wirkungsgrad einer Abteilung die um die Mehrzahlung berichtigte B-Stunde. Der Wirkungsgrad kann also als die „Lohnkostenwirtschaftliche B-Stunde“ betrachtet werden.

Die Gruppe W.

W 1 = Kredit-B (Minute).

Hierunter werden B bzw. Minuten gezeigt, die zwar zur Verrechnung der Arbeiter dienen, nicht aber als B im engeren Sinne der Bedaur-Bewertungs-Prinzipien aufzufassen sind, also M 3, Minuten, Lehrlingskredite und besondere Kredite. Die Kredit-B bzw. -Minuten verändern die direkte B-Stunde A 6 der Abteilung, indem sie in dieser nur den Stunden nach zur Verrechnung kommen, nicht aber mit ihrer

Summe Kredit-Einheiten (B, Minuten). In der berichtigten Wirkungsgrad-Berechnung hingegen werden die Kredit-B der Abteilung zur Gutschrift gebracht.

$$W 2 = \text{Kredit-B (W 1)} + \text{Gesamt-B (D 4)} = \text{Summe-B für berichtigte Wirkungsgrad-Berechnung.}$$

$$W 3 = \text{Berichtigte B-Stunde} = \frac{W 2}{D 5}$$

$$W 4 = \text{Berichtigte Mehrzahlung in Prozenten (M 1 + M 4 + M 5) zusammengestellt aus:}$$

- Mehrzahlung direkt verantwortlich . A 7 (M 1),
- Mehrzahlung Nebenlohn an Bedaur D 3 (M 4),
- Mehrzahlung Aufsicht C 3 (M 5).

$$W 5 = \text{Berichtigter Wirkungsgrad} = \text{Berichtigte B-Stunde minus berichtigte Mehrzahlung in Prozenten} = W 3 \text{ minus } W 4.$$

Die Gruppe M.

(Mehrzahlung minus Prozentfäße.)

Sämtliche Mehrzahlungs-Prozentfäße der Bedaur-Analyse beziehen sich auf die gesamte Normalbezahlung an Bedaur: D 2 = A 2 + B 2 + C 2.

$$M 1 = \frac{A 7}{D 2} \text{ Mehrzahlung a 7 Direkt verantwortlich in \%}$$

$$M 2 = \frac{A 8}{D 2} \text{ Mehrzahlung a 8 Indirekt verantwortlich in \%}$$

$$M 3 = \frac{A 3}{D 2} \text{ Mehrzahlung a 3 Direkt gesamt}$$

$$M 4 = \frac{B 3}{D 2} \text{ Mehrzahlung B 3 Nebenlohn}$$

$$M 5 = \frac{C 3}{D 2} \text{ Mehrzahlung C 2 Aufsicht}$$

$$M 6 = \frac{B 3 + C 3}{D 2} \text{ Mehrzahlung B 3 + C 3 Indirekt gesamt}$$

$$M 7 = \frac{D 3}{D 2} \text{ Mehrzahlung Gesamt an Bedaur}$$

Gruppe: Gesamte indirekte Arbeit.

In dieser Gruppe werden Bezahlung und Leistung der Gruppen B und C (Indirekte Arbeit an Bedaur) zusammengefaßt gezeigt.

Die Gruppe H.

Die Zusammenstellungsgruppe H dient zur Ermittlung der Zuschlaglohn-Prozentfäße für die Kalkulation.

$$H 1 = \text{Direkter Lohn} = \text{Hauptlohn an Bedaur (normal) und Hauptlohn außer Bedaur (normal)}$$

In den Fällen, wo eine Normalbezahlung für Arbeiten „außer Bedaur“ nicht aufgestellt werden kann, gilt die wirkliche Bezahlung als normal. Es wird hierbei angenommen, daß die entstehende Fehlergröße im Verhältnis zum Gesamtlohn sehr gering ist, besonders dadurch, daß Arbeiten „außer Bedaur“ so wenig wie irgend möglich zur Verrechnung kommen.

$$\frac{H 1}{H 4} = \text{Prozentfaß Zuschlaglöhne auf den Hauptlohn}$$

Nota: Dieser Prozentfaß dient zur Beurteilung des in der Kalkulation zu bemessenden Zuschlags auf den Hauptlohn für indirekte Arbeiten.

$$H 2 = \text{Indirekter Lohn ohne Mehrzahlung} = B 2 + C 2$$

Nota: Falls eine Budgetierung des Sonderlohns S zur Einführung gelangt, wird auch der entsprechende Kennbetrag (Soll-Betrag) des Budgets zu diesem Lohn hinzugezogen.

$$H 3 = \text{Mehrzahlungen: Hierunter fallen alle Mehrzahlungen nach Bedaur, ferner der Sonderlohn und Löhne für Urlaub}$$

Nota: Im Falle einer Budgetierung des Sonderlohns S fällt unter H 3 an Stelle des gesamten Sonderlohns S 1 nur der über die Budgetierung hinausgehende Sonderlohn, also die Mehrzahlung S 3.

$$H 4 = \text{Indirekter Lohn gesamt} = H 2 + H 3$$

$$\frac{H 3}{H 1 + H 2} = \text{Gesamt-Prozentfaß Mehrzahlungen}$$

Nach Bedaur und an Sonderlohn im Verhältnis zur Gesamt-Normalbezahlung an und außer Bedaur.

Nota: Dieser Prozentfaß dient in erster Linie zur Beurteilung der Gesamtlohn-Kostenwirtschaft einer Betriebsabteilung.

Die »Deutsche Bergwerkszeitung« über das Bedaur-System.

Über das Bedaursystem äußert sich jemand in der neuesten Nummer der »Technischen Blätter«, Wochenschrift der »Deutschen Bergwerkszeitung«, folgendermaßen:

„In der Kunstfeindenindustrie sollen zwecks weiterer Steigerung der Produktionsfähigkeit Versuche mit dem Bedaursystem gemacht worden sein. Der Zweck der Abung ist eine gewisse Standardisierung der einzelnen Arbeitsleistungen und Arbeitszeiten. Ob die Versuche in der Kunstfeindenindustrie Erfolg gehabt haben und ob der Aufwand für das Bedaursystem die Mühe lohnt, konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden. Zweifellos dürften sich für das Personal bei einer Durchführung detariftiger Arbeitsmethoden Nachteile ergeben.“

Die »Deutsche Bergwerkszeitung« ist das Organ der Schwerindustrie. Sie überschlägt sich vor Wonne, wenn den Arbeitern der Lohn abgebaut und die Arbeitszeit verlängert wird. Wenn in einem solchen Scharfmacherblatt das Bedaursystem als nachteilig für die Arbeiter angesprochen wird, so ist damit der Beweis erbracht, daß die Arbeiterausbeutung durch das Bedaursystem das ertägliche Maß weit überschritten hat. Das sollte denen zu denken geben, die geneigt sind, sich evtl. mit dem Bedaursystem abzufinden. G. Haupt.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

In China wird gekämpft.

Von Alexandra David-Neel.

Aus ihrem demnächst bei F. A. Brockhaus erscheinenden Buch „Heilige und Heere“. Glaube und Aberglaube im Land des Kamalams. Dargestellt nach eigenen Erlebnissen in Tibet. Mit 22 Abbildungen nach Aufnahmen der Verfasserin. Gebunden 8,70 Mk., Leinwand 10,50 Mk. Über die Geheimnisse im Land des Dalai Lama ist viel geschrieben worden, oft von Leuten, die Tibet nur oberflächlich berührt haben. Hier aber spricht eine Europäerin, die lange Jahre in Kamaklastern und in einer Gebirgshütte als Einsiedlerin verbrachte, hat, selbst Buddhisten wurde, Sprache und Schrift der heiligen tibetischen Bücher beherrschte, der gleichzeitig jedoch das ganze Rüstzeug neuerlicher westlicher Seelenforschung zur Verfügung steht. Von Lamas, deren Vertrauen sie zu erringen wußte, wurde sie in die mannigfachen geheimen Arien eingeführt, und sie hat die ganze, manchmal fast irrsinnig anmutende, grausame Schulung, die tibetische Mysterien und Magier von ihren Jüngern verlangen, von Anfang bis zu Ende mitgemacht. So konnte sie Erfahrungen sammeln und Kenntnisse gewinnen, die ein abgerundetes Bild vom geistigen Leben der Wälder auf den Hochländern Innerasiens vermitteln, die weit über das, was die Häter östlicher Wissenschaft und besonderer geistlicher Kräfte geahnt haben. Die folgende Erzählung gibt einen Eindruck von der mystischen Stimmung, die über dem in seiner Art einzig dastehenden Buche liegt.

Nachdem ich Schi-ga-ke und meine Einstiebel verlassen hatte, überschritt ich auf meinem Abstieg nach Indien wiederum den Himalaja.

Ich nehme ungern Abschied von der Jauberstadt, in der ich mehrere Jahre lang ein abenteuerliches, fesselndes Dasein geführt habe. Ich weiß nur zu gut, ich habe in dieser Vorhalle Tibets noch lange nicht all das ergründet, was die mystischen Klöster des weiten „Land des Schnees“ an sonderbaren Lehren und Gebräuchen vor den Augen der Welt verborgen. In Schi-ga-ke habe ich auch das gelehrte Tibet, seine Mönchsuniversitäten und Kiefernbüchereien kennengelernt, aber wieviel des Unbekannten gab es doch noch für mich, und nun sollte ich schon fort!

Was nun kam, war zuerst ein Aufenthalt in Burma und eine einsame Raft auf den Sagaybergen, bei den Kamatangs, den kontemplativen Mönchen der strengsten buddhistischen Sekte.

Dann Japan, wo ich in der tiefen Ruhe des Tokoku-ji-Klosters als Gast der Sekte Jen wohnte, aus der schon seit Jahrhunderten der ganze Geistesadel des Landes hervorgeht.

Darauf hielt ich mich in Korea auf, in Panya-an, dem Kloster der Weisheit, einer mitten im Walde gelegenen Einsiedelei, wo wenige einsame Denker, ohne viel Aufsehens davon zu machen, ein ruhiges Leben der Entschagung führen.

Als ich auf dem Wege dorthin war und um vorübergehende Aufnahme bitten wollte, hatten Wolkenbrüche den Weg zerstört, und ich fand die Mönche von Panya-an mit Wiederherstellungsarbeiten beschäftigt. Der junge Mönch, den mit dem Abt zu meiner Einführung mitgegeben hatte, blieb vor einem der ganz mit Straßenschmutz besetzten Arbeiter stehen, grüßte ihn tief und richtete einige Worte an ihn. Der „Erdarbeiter“ musterte mich, auf seine Schamkel gestützt, ein paar Augenblicke sehr aufmerksam, nickte bejahend mit dem Kopfe und fuhr dann mit seiner Arbeit fort, ohne mich weiter zu beachten.

„Das ist unser Oberhaupt“, sagte mein Führer, „er erlanbt Ihnen, zu kommen.“

Am Morgen darauf stellte man mir eine völlig leere Zelle zur Verfügung. Als Lager mußte mir meine auf der Erde ausgebreitete Decke dienen, mein Kissen ein Stück. Jünglinge teilte das ebenso spartanisch ausgestattete Zimmer eines gleichartigen Klosterklosters.

Die Hausordnung schrieb acht, in vier Abschnitte abgeteilte Stunden der Versenkung vor, dazu kamen acht dem Stundtum und der körperlichen Arbeit gewidmete, und die übrigen acht blieben nach Belieben für Mahlzeiten, Schlaf und Erholung frei.

Jeden Morgen machte früh vor 3 Uhr einer der Mönche die Runde um das Gebäude und weckte durch Schlägen auf ein Holzinstrument seine Brüder. Sie zogen darauf alle in den Versammlungssaal, wo sie sich, das Gesicht zur Mauer gewandt, zwei Stunden lang in Betrachtungen versenkten.

Die Kost ist bald beschrieben; es gab nichts als Reis und etwas in Wasser gekochtes Gemüse, aber oft fehlte auch dies, und dann bestand die Mahlzeit eben ausschließlich aus Reis.

Die Mönche waren zwar durch kein Gelübde des Schweigens gebunden, aber ihre Unterhaltung beschränkte sich doch auf wenige Worte. Sie hatten keine Lust zum Plaudern und vergendeten ihre Zeitkraft nicht in Angelegenheiten. Ihre Gedanken drehten sich ausschließlich um Seelenrätself, und ihre Augen blickten wie die Buddhas nach „innen“.

Bei einem kürzeren Aufenthalt in Peking wohnte ich wiederum in einem Kloster, fast eine Tagereise vom Fremdenviertel entfernt, im ehemaligen Kaiserpalast Pei-ling-je.

Dann aber konnte ich dem alten Jauber nicht länger widerstehen und entschloß mich zur Abreise nach Kum-bum, meinem alten Wunschort. Freilich muß ich dabei ganz China bis zu seiner Westgrenze durchqueren.

Ich schloß mich einer dorthin wandernden Karawane an. Sie besteht aus zwei Lama-Tulaks (von den Fremden sehr unzutreffend „lebende Buddhas“ genannt), jeder mit Gefolge, auf der Heimreise begreifen, einem chinesischen Händler aus der entlegenen Provinz Kansu und einigen ungenannt bleibenden Leuten, die sich bei den unruhigen Zeiten der Sicherheit wegen unserer größeren Gesellschaft anschließen.

Die Reise bietet viele merkwürdige Eindrücke, schon meine Weggenossen sind an sich erstaunlich genug.

Eines Tages läßt unser vieljähriger Karawanenführer chinesische Diener in die von uns bewohnte Herberge ein. Wie eine Dämmerungsfamilie trittella die winzigen Verführer in ihren hellgrünen Kleider und roten Jacken in das Gemach des Oger-Lamas herein. Er ist ein Mann von aus der sehr freizügigen Sekte der Magier, also verheiratet und kann mehr zur Geistlichkeit rechnen. Es wird erheitert und lärmend gesprochen. Ein ganz feilnahuloser Sekretär spielt Polkaeischer und überzieht die halb schamlosen, halb erwachsenen Ausdrücke der Grenzbesitzer ins Chinesische. Endlich wird man sich auf fünf Pfaster hantelständig. Der Wiedermann behält eine der Pappchen die Nacht über bis 10 Uhr am folgenden Morgen für sich da.

Ein ardentmal rückt er sich mit einem chinesischen Offizier heran. Das war eine Soldaten von einem Nachbarkosten bringen in die Herberge ein. Der Lama rief seine Diener herbei, die ebenfalls zu den Bewachern gehören. Der Wirt wirt sich mit zu Häfen und stellt mich an Frieden zu stiften.

Interessanter von dem Händler, unserer Reisegesellschaft, überzeuge ich mich, daß es hier ganz unüblich ist, von den wilden Leuten des „Grenzlandes“ überhaupt Notiz zu nehmen. Und dann gebe ich dem kriegsartigen Lama zu bedenken, daß ein Mann wie er sich doch nicht mit elenden Soldaten einlassen kann. Das hilft.

China zeigt sich mir mit seinen Bürgerkriegen und seinem Räuberwesen von den verschiedensten Seiten, und ich nehme mich als freiwillige Krankenpflegerin der völlig verlassenen Verwundeten an. Eines Morgens sehe ich über der Tür meiner Herberge ein ganzes Bündel abgeschlachteter Köpfe hängen. Wenn nicht leicht zu erschütternder Pflanzung knipft darauf nur einige philosophische Betrachtungen über den Tod.

Die Straße wird ganz unruhig, weiter vorn wird gekämpft. Ich verfolge auszuweichen, indem ich mich nach Langfischen begeben. Am Morgen nach meiner Abreise dort wird die Stadt belagert. Ich beobachte Leutnanten, sehe, wie die Belagerten sich von den Wällen heraus durch Eisenwerke dagegen verteidigen, und glaube, eine der Schlachten mitzuerleben, die man von allen Gemälden her kennt.

Ich bewache ein Kanonier, während dessen die Herde in ihrer Bedienung blieben, um zu fliehen. Nach nächstem Akt kommen

wir an ein Flußufer, drüben winkt uns Sicherheit. Wir rufen nach dem Führer, um übergesetzt zu werden. Als Antwort schießt man vom anderen Ufer aus auf uns.

Gern denke ich noch daran zurück, wie ich einmal beim Statthalter von Schenk Lee frank. Der Feind hat die Stadt umzingelt, der Lee wird von Soldaten aufgetragen, die, den Revolver am Gürtel und das Gewehr umgehängt, ganz kampfbereit sind, denn der Angriff kann jeden Augenblick stattfinden. Aber dank der guten alten chinesischen Erziehung plaudern die Gäste in scheinbarer Ruhe und Höflichkeit. Was auch der Statthalter und seine Parteigänger wirklich empfinden mögen, auf ihren Gesichtern ist nichts davon zu lesen. Sie unterhalten sich, wie gebildete Leute das zu tun pflegen, mit der ganzen Freude am leidenschaftlosen Austausch eines verfeinerten Gedankenspiels.

Man mag gegen die Chinesen soviel sagen wie man will, sie bleiben doch eine vornehme, bewundernswürdige Rasse!

Mutter.

Eine Episode aus der deutschen Revolution.

Von Erich Bloch.

Es war im Jahre 1918. Damals waren wir bei der Volkshilfe. Aus der Kaserne hatten sie uns herausgeholt, wohin wir eben aus dem Felde gekommen waren. Wir waren damals jung, 17-18-jährig — waren mir ins Feld gekommen, hatten dort das bißchen vom Leben vergessen, was wir kennengelernt hatten, waren verrotzt, vertiert, ausgehungert. Zu Hause sah es trübe aus. Nichts zu essen; keine Arbeit. Da nahen wir eben an, was sich gerade bot.

Wir hatten das Rathaus verteidigt. Gegen wen? Das wußten wir damals nicht. Gerüchte schwirrten umher. Wir kümmernten uns nicht darum, rauchten, aßen, schliefen und schimpften über den Dienst.

Pötzlich wurden wir herausgerufen. Die Straße entlang wählte sich ein Demonstrationenzug. Arbeiter waren es, Frauen, Kinder. Sie trugen rote Fahnen und Transparente. Arbeit forderten sie, Frieden und Brot.

Kameraden von uns drängten den Zug in eine Seitenstraße. Es schien alles glatt zu gehen. Ich gehörte zu der Bedienung eines Maschinengewehrs. Wir hatten unser Gewehr hinter einer mit Sand gefüllten Munitionskiste in Stellung gebracht. Die Mündung starrte drohend die Straße hinab. Alles war bereit. Nur ein Druck auf den Abzug, und ...

Es schien, wie gesagt, alles glatt zu gehen. Wir waren schon ärgerlich, daß wir deswegen aus unserer Mittagsruhe gerissen wurden. Doch, da — der Zug war schon fast in der linken Seitenstraße verschwunden — schwankte ein Teil ab, kam auf uns zu ... „Achtung!“ rief unser Führer, ein junger, geschneideter Leutnant. Der Richtschütze kniete nieder. Es war ein langer Bursche mit militärischem Gesicht, der sich immer abseits hielt. Als ich ihn heute mittag aus irgendeinem Grunde angesprochen hatte, äußerte er nur, es sei doch ein dreckiges Geschäft, das wir da verrichten. Dann hatte er schweigend weitergeschliffen. Diese kurze Bemerkung aber hatte mich den ganzen Nachmittag über beschäftigt und hatte mich um meinen Schlaf gebracht.



Und als ich jetzt den Patronengurt hielt und ihn dabei ansah, wie er gekniet hinter dem Gewehr lag, bereit, loszudrücken, mußte ich immer nur denken: „Dreckiges Geschäft!“

Die Decker rannten vor uns tiefen auseinander. Ich kann nicht sagen, ob sie uns bedroht haben, ob sie Waffen gegen uns erhoben. Gesehen habe ich nichts. Aber unser Führer gab plötzlich das Kommando zum Feuern. Das Gewehr lachte. Die Leute vor uns raffen weg. Im Nu war die Straße leer. Aus dem Rathaus kam ein Major.

„Herr Leutnant! Gehen Sie mit Ihren Leuten vor! Bis zur Ecke der ... Straße!“

Der Leutnant klapperte mit den Hacken und gab uns seine Befehle. Wir packten unseren Kram und gingen im Lauffschritt vor. Rechts und links lagen ein paar Leute. Wir beachtetten sie kaum. Noch vor Wochen waren es Berge von Leuten, an denen wir vorbei mußten. Was machten uns da schon die paar!



Wir hatten fast die Ecke erreicht. Kein Mensch war uns entgegengetreten. Kein Schuß war irgendwoher gefallen.

Da lag vor uns, mitten auf der Straße, eine Frau. Wie ein Bündel aller Kleider, so zusammengefunken lag sie da. Eine Blutsache hatte sich neben ihr gebildet. Das Blut war in die Schienen der Straßenbahn geflossen. ...

In der Hand hielt sie ein Paket. Wir stauten. Dreißiges Geschäft ... Klar und deutlich wurde hier das Wort meines Kameraden, und ich mußte an mich halten, um nicht den Munitionskisten wegzumwerfen, um nicht mein Gewehr an der Bordkante zu zerhackern, um nicht unseren Führer in das aufgeblasene, arrogante Gesicht zu schlagen.

„Los! Los!“ trieb er uns an. Da knallte plötzlich das Maschinengewehr aufs Pflaster. Ein Schrei ... und unser Richtschütze stürzte vor der toten alten Frau zu Boden.

„Mutter ...!“

Er weinte und schrie, und sein Körper schüttelte sich wie im Krampf. Wir anderen standen herum, erschüttert, unfähig, ein Wort zu sprechen. Der Leutnant, mit blödem Gesicht, fingerte am Kragen herum und wußte offenbar nicht, wie er sich benehmen sollte. Und dann blökte er: „Los! Weiter! Was soll das heißen! Sofort ...!“

Da sprang plötzlich der Richtschütze auf, riß sich den Stahlhelm vom Kopf, krachte sein Gewehr aufs Pflaster, warf Koppel und Gasmaske weit von sich. Brüllend, Schaum vor dem Mund und mit Blut unterlaufenen Augen stürzte er sich auf den Leutnant.

Aber da haben ihn zwei von uns festgehalten. Und dann ließ er sich ruhig abführen. Wir anderen haben die tote Mutter aufgebahrt und weggebracht. Das Paket in ihren Händen enthielt Strümpfe und Zigaretten. Sie wollte es ihrem Sohn bringen. Ihrem Sohn, der sie erschossen hatte. Auf Befehl eines schließlichen Leutnants.

Am selben Abend noch wurden wir abgelöst und kamen nach der Kaserne. Morgens darauf war die Hälfte weggegangen. Wir anderen wurden wie Gefangene gehalten. Unsere Waffen hatte man uns abgenommen. In wenigen Tagen wurden wir ohne weitere Formlichkeiten entlassen. Was aus unserem unglücklichen Kameraden geworden ist, habe ich nie mehr erfahren.

Hunger.

Wir müssen hungern, und draußen lacht

Das Korn in schwellender Fülle.

Ein fruchtgefülltes Lachen geht

Durch die sommerliche Stille.

Die Sense klingt, die Ähre fällt

Und schüttet Korn in den Schoß der Welt,

Wir aber müssen hungern.

O du sonnige Zeit und du blühender Tag!

Wir grüßen dich an den Maschinen.

Mit den Lerchen jauchzt unfres Hergens Schlag.

Indessen wir stonen und dienen.

Unser Herz verglüht, unsere Lippe dorrt,

Und Leben und Sommer ziehen fort —

Wir müssen weiter hungern.

O brause mein Blut, trotz Not und Plag,

Ob' Leben und Sonne sich neigen!

Wir wollen der Zeit ihre blutrote Schmach,

Unfre perlenden Stirnen zeigen.

Hineingegriffen mit starker Faust,

Wo die Ähren reifen, das Leben braunt!

Wir wollen nicht mehr hungern!

Otto Krille.

Humoristische Ecke.

Sächsisches Winkseher.

„Was machdn eegentlich Ihre Abste?“ — „Die machd de Offwardung bei Morchenshdärns!“ — „Gefällderchen da?“ — „Nu, wie mersch nimmd, schufden musse, daßz amds Arme un Beene zum Leibe raushängen.“ — „De Dochder von Morchenshdärns scheidt doch äne saule Schrunde zu sin.“ — „Das schdimmd. Da mußsch Sie mal a Dinksch erzählen. Neilich liegd se off am Schäßelonn so lang wie se der liebe Godd erschaffen had und lieft äne Schwärde, um meine Dochder muß derweile 'n Stovb von de Reebels summein. Fragde da off emal meine Helene: „Sagen Se mal, is de Liebe eegentlich äne Arweed oder a Vergnügen?“ Meine Helene, schlagfärdig wie se nu emal is, antwort' ihr: „Freilein, 's wärd wohl e Vergnügen sin, wenn's äne Arweed wär, müßt ich's doch noch mid machen.“ (Simplizissimus“)

Dan, der Löwenjäger.

Dan besuchte einen Freund in Afrika. In der Gegend gab es viele Löwen. Eines Tages ließ sich Dan ein Gewehr, um ein wenig zu jagen. Einige Zeit später hörte sein Wastgeber einen Schuß und bemerkte gleich darauf in einiger Entfernung Dan, mit größter Geschwindigkeit dem Hause zulaufend. Ein riesiger Löwe sprang hinter ihn her und kam mit jedem Satz näher. Fast außer Atem, erreichte Dan noch das Haus und rief: „Rasch, rasch, mach die Tür auf. Ich bringe ihn lebendig!“

Esel.

Der Marschall v. Bassompierre reiste wiederholt als Gesandter. Er erzählte Heinrich IV., in Madrid sei er auf einem allerliebsten Namiefelchen, das ihm der König geschickt habe, eingezogen. „Oh, muß das schöne gewesen sein“, sagte der König, „einen Esel auf einem Namiefel zu sehen!“ — „Sehr wohl, Majestät“, antwortete Bassompierre, „ich vertrat Sie!“

Der Unglücksrabe.

Lante (die seit einiger Zeit beim Onkel auf Besuch ist): „In den letzten Nächten habe ich miserabel geschlafen. . . . Ihr solltet mal Insektenpulver in das Bett streuen.“ — Der kleine Emil: „Ja, Papa hat gesagt: jeht noch nicht — — später, wenn du wieder abgereift bist, Lante.“

Sozialf. Komposition: . . . Ich bin an demselben Tage geboren, an dem Richard Wagner gestorben ist!“ — Name: „Ja, ja, — ein Unglück kommt selten allein!“ (Fliegende Blätter“)

Er lebt vom Defizit. Ein behäbiger Metzgermeister klagte mir sein Leid und erklärte mir, daß er schon seit einem Jahr bei jedem Pfund Fleisch zirka 10 Pf. zulege, worauf ich ihm den wohlgemeinten Rat erteilte, doch unter solchen Umständen das Geschäft zu schließen. „Ja“, sagte er darauf, „Sie hawwe gut redde, von was soll ich dann nachher lewe?“